

mo #25

MAGAZIN FÜR MENSCHENRECHTE

SOS
MITMENSCH

2€
KOLPORTEUR DAVON 1 EURO
FÜR KOLPORTEUR



ARBEITSVERBOT

Wovon leben
AsylwerberInnen?

WIEN-CHECK

Mit den MO-Kolpor-
teurInnen unterwegs

**WIE LANGE KÖNNEN WIR UNS DIE REICHEN
NOCH LEISTEN?**

Was hilft, das nervt manchmal

Ein großer Teil dieser Ausgabe des MO-Magazins für Menschenrechte wird mittels Straßenkolportage vertrieben.

Straßenkolportage hilft den Menschen, die die Zeitung verkaufen. Denn bei den KolporteurInnen handelt es sich ausnahmslos um bedürftige Menschen. Für sie ist jeder dazuverdiente Euro eine wichtige Hilfe im Kampf ums existenzielle Überleben.

Straßenkolportage leistet einen wichtigen Beitrag zur Medienvielfalt in Österreich. Österreich braucht eine lebendigere Medienlandschaft und unsere Gesellschaft braucht eine Vielfalt an Perspektiven.

Straßenkolportage hilft SOS Mitmensch beim Vertrieb seines Menschenrechtsmagazins. Wir wollen mit dem MO zu einer offeneren, demokratischeren und lebendigeren Gesellschaft beitragen.

Straßenkolportage nervt aber auch manchmal. Es gibt Situationen, in denen man keine Lust hat, eine Straßenzeitung unter die Nase gehalten zu bekommen. Es gibt Situationen, in denen KolporteurInnen zu hartnäckig ihrem schwierigen Geschäft nachgehen oder sich nicht korrekt verhalten. Und es gibt nichtautorisierte VerkäuferInnen und BettlerInnen, die ihr Glück mit einem MO in der Hand versuchen.

Wir nehmen jede Beschwerde sehr ernst. Wir führen Schulungen durch und versuchen den Austausch mit den KolporteurInnen zu intensivieren. Aber all das ist natürlich keine absolute Garantie dafür, dass es nicht da oder dort doch zu Fehlverhalten kommt. Was uns allerdings immer wieder sehr positiv bewegt, ist die Tatsache, dass sich fast alle Menschen, die sich über das Verhalten einzelner KolporteurInnen beschwerten, solidarisch mit dem SOS Mitmensch Kolportage-Projekt erklären. Viele sprechen auch ein großes Lob für die Qualität des MO-Magazins für Menschenrechte aus.

Daher steht es für uns außer Frage, dass wir unser Straßenzeitungsprojekt weiter führen möchten. Unsere Bitte an Sie: Kaufen Sie unsere Zeitung nur von KolporteurInnen, die den MO-Ausweis sichtbar tragen. Und wenn Sie das Verhalten eines Kolporteurs oder einer Kolporteurin unangemessen finden, dann schicken Sie uns eine Nachricht an: office@sosmitmensch.at

Danke.



JETZT SPENDEN!
PSK 91000590, BLZ 60000



Ungleiche Verteilung: spaltet sich die Gesellschaft?
 Illu: Eva Vasari

Liebe Leserin Lieber Leser

Jürgen Habermas zweifelt am System. „Vielleicht geht der Blick nach oben, auf die politischen Eliten und die Medien, in die falsche Richtung. Vielleicht können die einstweilen fehlenden Motivationen nur von unten, aus der Zivilgesellschaft selbst, erzeugt werden“, schrieb er in der Süddeutschen Zeitung. Das klingt nach Enttäuschung, was wiederum für einen Paradeintellektuellen Deutschlands überraschen mag. Seit vielen Jahren weisen mehrere Generationen von Sozialbewegungen weltweit auf eine Systemkrise hin. Wer sie sich als Finanz- oder Eurokrise vorstellt ist entweder naiv oder PolitikerIn. Dass die Politik sich oftmals als verlängerter Arm der Wirtschaft versteht, mag erklären, warum Steuerleistungen mittlerweile mehrheitlich über arbeitsbezogene Steuern und weniger durch satte Unternehmen getragen werden. Der Staat wurde systematisch – und ganz legal – ausgeplündert, indem Konzerne praktisch steuerfrei gestellt und Bankgeschäfte dereguliert wurden. Die Reichen aber, wie der schweizerische Soziologe Ueli Mäder im MO-Interview ausführt, beteiligen sich verhältnismäßig gering am Sozialhaushalt. Während Arme und der Mittelstand also über Kürzungen sozialer Leistungen zur „Sanierung“ der Staatsbudgets beitragen sollen, macht sich die Angst vor einer Pauperisierung des Mittelstandes nach Vorbild der USA breit. Auch wenn deren BIP deutlich höher als das von Österreich ist, hat die neoliberale Politik seit Reagan eine katastrophale Kluft zwischen Arm und Reich bewirkt. Deshalb ist die Frage auf dem Cover dieser Ausgabe keineswegs rhetorisch gemeint. Die Politik muss einen Kurswechsel einleiten, der soziale Frieden, Habermas’ Hoffnungsträgerin, die Zivilgesellschaft, ist akut bedroht.

Spannende Momente wünscht
 Gunnar Landsgeßell

IMPRESSUM

MO REDAKTION: c/o SOS
Mitmensch, Zollergasse 15, 1070
Wien, T +43 1 524 99 00,
F +43 1 524 99 00 - 9,
redaktion@momagazin.at,
www.momagazin.at

REDAKTION:

Gunnar Landsgeßell (Chefredakteur; gun),
Petja Dimitrova (Illustrationen), Alexander Pollak (apo), Karin Wasner (Bilder), Andreas Görg
AUTORINNEN DIESER AUSGABE:
Eva Bachinger, Vida Bakondy, Niko Katsivellaris,
Cathren Müller, Arash Riahi, Arman Riahi, Martin Schenk, Martin Schürz, Philipp Sonderegger, Beat Weber

PROJEKTL EITUNG: Andreas Görg

COVERBILD: Eva Vasari

LEKTORAT: Thomas Just, Andreas Görg

PRODUKTION & GRAFIK: Mitko Javritchev

LAYOUT-KONZEPT: Theo Kammerhofer

DRUCK: Ferdinand Berger & Söhne GmbH,
Wiener Straße 80, 3580 Horn

ANZEIGEN: Sandra Lakitsch, Sebastian Seidl,
office@sosmitmensch.at, T +43 1 524 99 00-16

ABOS: Gerlinde Affenzeller, abo@momagazin.at
T +43 1 524 99 00-66

VERTRIEB:

Der Standard,
Straßenkolportage

AUFLAGE: 30.000

HERAUSGEBERIN:

SOS Mitmensch, Postfach 220, 1070 Wien,
T +43 1 524 99 00, F +43 1 524 99 00-9,
Mail: office@sosmitmensch.at
Web: www.sosmitmensch.at
ZVR: 22747570

OFFENLEGUNG gem. § 25 MedienG:

Medieninhaber (Verleger) und
Herausgeberin: SOS Mitmensch
Sitz: Wien

Geschäftsführung: Alexander Pollak,
Gerlinde Affenzeller; Obfrau: Nadja Lorenz
Grundlegende Richtung: gegen Diskriminierung,
für Menschenrechte, Demokratie
und Migration

ZVR: 22747570

SPENDEN: PSK 60000

Kto 91.000.590

MO ist das Medium von SOS Mitmensch gegen
Rassismus und Diskriminierung, für Menschenrechte,
Demokratie und Migration. Der Nachdruck der
Beiträge ist bei Nennung der Quelle und Übersendung
von Belegexemplaren ausdrücklich erwünscht, wenn
das Copyright nicht ausgewiesen ist. Die Rechte der
Fotografien liegen bei den UrheberInnen. Falls kein/e
Urheber/in ausgewiesen ist: SOS Mitmensch.



Illustration: Eva Vasari

14 REICHE BESTEUERN

Mittlerweile ist fast jede/r für eine Reichensteuer.
Steht sozialer Gerechtigkeit damit nichts mehr im
Weg?

Einstieg

3 EDITORIAL

4 INHALTSVERZEICHNIS

6 REAKTIONEN

8 HANDLUNGSBEDARF

Rechte Hetzer feiern am Holocaust-Gedenktag
in der Hofburg.



Bild: phs

28 SELEKTIVE ÜBERWACHUNG

Der Sicherheitsapparat wurde unter Innenminister
Strasser massiv umgebaut. Der Verfassungsschutz
wurde blau eingefärbt. Ist er seither auf dem
rechten Auge blind?

Dossier

10 WIE REICHE DENKEN UND LENKEN

Der Schweizer Soziologe Ueli Mäder über die
Staatsferne der Reichen.

Interview: Cathren Müller

14 REICHLICH STEuern, ABER WIE?

Acht Vorschläge für einer Reichensteuer im
Elchtest.

Analyse: Martin Schürz, Beat Weber

18 ARM HAUT AUF ÄRMER

Im Internet kursieren perfide Lügenmärchen
über reiche Asylwerber. Wer hält dagegen?

Erfahrungsbericht: Alex Pollak

20 WO IST DER REICHTUM?

Während Kommunen das Geld ausgeht, wetten
potente Spekulanten selbst auf Nahrungsmittel.
Wo bleibt das Primat der Politik?

Text: Gunnar Landsgeßell



Foto: PR-Büro Müller

10 REICH AUF KOSTEN DER GESELLSCHAFT

Der Soziologieprofessor Ueli Mäder wollte wissen, wie sie so denken, die Reichen in der Schweiz. Dort verfügen die obersten 2 Prozent über so viel Vermögen wie 98 Prozent der restlichen Bevölkerung. Ein Gespräch über die Gefahren sozialer Ungleichheit.



Foto: Karin Wasner

32 WIEN AUS SICHT DER KOLPORTEURE

MO ist eine von mehreren Straßenzeitungen in Wien, durch deren Verkauf sich sozial benachteiligte Menschen einen kleinen Zuverdienst ermöglichen. Wir begleiteten sie auf ihrer Tour.

NGOs / Welt

23 NGO NEWS

Occupy Wallstreet und asoziale Weihnachtsmärkte

24 PER GESETZ ZUM NICHTSTUN VERURTEILT

Wovon AsylwerberInnen in Österreich leben.
Reportage: Niko Katsivelaris

28 ALLES UNTER KONTROLLE?

Immer wieder gibt es Vorwürfe, der Verfassungsschutz wäre auf dem rechten Auge blind. Wie steht es um das BVT in Österreich?
Text: Philipp Sonderegger

32 ALLES BESSER ALS ZUHAUSE

Mit MO-KolporteurInnen auf den Straßen von Wien unterwegs.
Reportage: Eva Bachinger

Rubriken

38 NEUES VON DER BOCK

Als Frau Bock einer echten Wienerin Äpfel schenkte.
Korrespondenz: Gunnar Landsgesell

39 POPULÄRKULTUR

Buch, Film, Internet.
2 x 5 Dinge von Alex, MO-Kolporteur

41 POPULÄR GESEHEN

Spaziergänge im Unbewussten: Von Hysterie und Burn-out.
Kolumne von Martin Schenk

42 UTE-BOCK-PREIS 2011

Ausgezeichnet wurden fünf mutige Anti-Abschiebe-AktivistInnen.
Laudator Manfred Nowak über das Scheitern des globalen Kapitalismus

45 SOS MITMENSCH

Aktionen gegen den Überwachungsstaat

46 ANDERE ÜBER ...

Die Filmemacher Arash und Arman Riahi meinen: Integration nervt. Und das ist gut so.



Wo wurde diese Ausgabe von MO gesehen?

Schreiben Sie an redaktion@momagazin.at. Zu gewinnen gibt's ein Gratisabo vom mo, Magazin für Menschenrechte.

Foto: Karin Wasner

Gesamtschule
Bringt nix!
 Habe durch das MO-Magazin und vor allem aus dem Artikel „Holt uns da raus“ von Alexander Pollak viele neue Aspekte kennen gelernt. Umso enttäuscht war ich, als es dann mit der üblichen Demagogie ums Gymnasium ging. Dieses ist weder eine Eliteveranstaltung, noch ein Hort für Österreichtümelei. In praktisch allen Klassen, die ich unterrichte, hat mehr als ein Drittel der Kinder Deutsch nicht als Muttersprache. Die „Gesamtschule“ Volksschule schafft es aber nicht, soziale Ungleichheiten aufzulösen. Das, was uns Finnland PISA-mäßig voraus hat, ist nicht auf die Gesamtschule zurückzuführen, sondern auf strukturelle Unterschiede. Noch nirgends habe ich bei Gesamtschulbefürwortern

eine Zeile über mögliche Nachteile der Gesamtschule gelesen. Mir sind Probleme unseres gegenwärtigen Schulsystems bewusst. Seine Zerstörung ist aber nicht die Lösung.
 MfG, Martin Ebenhöf

Gewerkschaft und Illegalisierung
 Anders organisieren Sie haben die Haltung des ÖGB in der letzten Ausgabe von MO recht treffend beschrieben. Dabei ist das Thema keineswegs neu. Im klassischen Einwanderungsland USA wurde schon vor 106 Jahren eine Gewerkschaft gegründet, die genau den von Ihnen beschriebenen Problemen Rechnung trug. Die „Industrial Workers of the World, IWW“ sahen die Organisationsform der damals existierenden Gewerkschaften als veraltet an, und die

Haltung der Gewerkschaften auf – aus der „Arbeiteraristokratie“ stammenden Wünschen – nach Protektion ausgerichtet. Die IWW reduzierte die Mitgliedsbeiträge und die Bürokratie (und damit die Hürden) auf ein Minimum, lehnte es strikt ab, die Beiträge über den Arbeitgeber bezahlen zu lassen (beim ÖGB ist das Standard), organisierte strikt nach Branchen anstatt nach Berufen (oder anderen Kriterien) und legte die Entscheidungsgewalt ausschließlich in die Hände der Mitglieder. Es waren in der Folge hauptsächlich wenig bis gar nicht ausgebildete MigrantInnen (legal und illegal beschäftigt) und (!) WanderarbeiterInnen, die heutigen Saisonkräfte, die sich im Rahmen der IWW organisierten und teils beachtliche Erfolge erkämpften. Die IWW hat – und das ist wohl

kein Zufall – heute wieder Zulauf. Und was viele nicht wissen: sie existiert seit kurzem auch in Österreich!
 Klaus Hirsning

Interview Terkessidis
Instrument Zuwanderung
 30.000 Zuwanderer braucht Österreich jedes Jahr hieß es einmal unter Innenministerin Fekter. Das „brauchen“ bezieht sich auf die Bevölkerungszahlen, die nicht zu sehr absacken dürfen. Wer sollte sonst die Pensionen unseres Umlagesystems bezahlen? Da Frauen ihre Gebärfähigkeit nicht (wie früher) in den Dienst des Staates stellen wollen, sondern im Rahmen ihrer Familienplanung selbst entscheiden, ob und wie viele Kinder sie wollen, stehen rechte Parteien also ziemlich konzeptlos der Zukunft gegenüber. Zuwanderung ist jedenfalls abseits jeder weltanschaulichen Debatte eine positive Angelegenheit. Die Frage ist nur, warum Zuwanderung ständig in einem Problemzusammenhang gestellt wird. Schon Haider spielte dieses doppelte Spiel: Er machte Stimmung gegen Migranten, selbst gegen Asyl- und damit Schutzsuchende, war aber für seine Verhältnisse längere Zeit für den Beitritt der Türkei zur EU. Vielleicht, weil er türkische Freunde hatte, ziemlich sicher aber, weil er Vorteile darin sah. Auch hinsichtlich unseres Pensionssystems. Auch müsste man vermuten, dass in den acht Jahren unter Schwarzblau die Zuwanderung „endlich“ auf Null gestellt wurde. Das Gegenteil war der Fall, es gab Jahre mit Spitzenwerten. Wann also wird öffentliche Vernaderung von Migranten abgestellt, wenn deren Vorteile doch alle Parteien verfolgen. Wenn auch geheim.
 Harald Weninger

Hilfe ist *Mehr*WERT

Durch das *Mehr*WERT Sponsoringprogramm bekennen wir uns zur Verantwortung gegenüber der Gesellschaft und dem Einzelnen. Deshalb unterstützen wir Institutionen, Initiativen und Projekte in allen gesellschaftlichen Bereichen. Im Mittelpunkt steht dabei immer der Mensch mit seinen sozialen und kulturellen Bedürfnissen.

Das *Mehr*WERT Sponsoringprogramm
www.sponsoring.erstebank.at



LICHT INS DUNKEL

AM HEILIGEN ABEND

Samstag, 24. Dezember,
von 9.00 Uhr bis 23.30 Uhr in ORF 2

IHRE SPENDE HILFT!
0800 24 12 11

PSK 237 6000 lichtinsdunkel.ORF.at

RECHTSEXTREMISMUS

Rechte Hetzer in der Hofburg

Das offizielle Österreich verhöhnt am Holocaust-Gedenktag die Opfer von Nationalsozialismus und rechtsextremer Gewalt.

Wir schreiben den 27. Jänner 2012. Fast genau ein halbes Jahr nach dem rechtsextremen Massaker in Norwegen besetzen Rechtsextremisten den Sitz des österreichischen Bundespräsidenten. Sie tun dies nicht an einem beliebigen Tag, sondern genau an dem Tag, an dem vor 67 Jahren Auschwitz befreit wurde.

Ein Horrorszenario? Nicht für das offizielle Österreich. Im Gegenteil, die im Eigentum der Republik Österreich stehende Hofburg öffnet am 27. Jänner bereitwillig ihre Pforten für Rechtsextreme aus ganz Europa. An diesem Tag soll hochoffiziell in den Hofburg-Festsälen der berühmte Ball des Wiener Korporationsrings (WKR) stattfinden.

Der Korporationsring ist eine Vereinigung, der zahlreiche rechtsextreme Burschenschaften angehören. Er verlangt „ein Bekenntnis zum angestammten Volkstum im Rahmen der abendländischen Kulturgemeinschaft.“ Organisationen, die weder eine ausgeprägte Distanz zum Nationalsozialismus pflegen, noch rassistisches Gedankengut ablehnen, dominieren den WKR. Es war die konservative Tageszeitung „Die Presse“, die nur wenige Tage vor den Anschlägen in

Norwegen berichtete, wie sehr maßgebliche Teile der österreichischen Burschenschaften von Rassismus und Rechtsextremismus durchdrungen sind. Vorträge über Rastentheorien gehören zum Programm wie Trauerfeierlichkeiten – das „Totengedenken“ – zum Jahrestag der Hitler-Kapitulation.

Wie gefährlich der Rechtsextremismus heute ist, zeigen nicht nur die jüngst in Deutschland aufgedeckten Morde einer Neonazi-Gruppe. Auch in Österreich werden Menschen immer häufiger Opfer rechtsextremer Gewalt. Zeitgleich mit dem Massaker in Norwegen fand auch in Österreich ein rechtsextremer Anschlag mit tödlichen Folgen statt. In Traun (OÖ) wurde am 22. Juli 2011 ein Rumäne erschossen und dessen Ehefrau und Sohn lebensgefährlich verletzt. Schnell wurde der Mordanschlag als „private Streitigkeit“ abgetan, doch bald kam ans Tageslicht, dass es sich um einen minutiös geplanten rechtsextremen Anschlag gehandelt hatte. Der mutmaßliche Täter, der laut Zeitungsberichten vorhatte noch weit mehr Menschen zu töten, erhängte sich Ende Oktober in seiner Zelle in der Untersuchungshaft.

Dramatische Entwicklung

Traurige Tatsache ist: Rechtsextreme Straftaten gehören inzwischen wieder zur täglichen Realität in Österreich. 2010 wurde erstmals die 1000er Marke bei Anzeigen rechtsextremer Tathandlungen überschritten. Das heißt, es werden täglich drei rechtsextreme Handlungen zur Anzeige gebracht. Die Dunkelziffer liegt deutlich höher.

Besorgniserregend ist vor allem, dass sich VertreterInnen rechtsextremen Gedankenguts in der Mitte der Gesellschaft breit gemacht haben. Burschenschafter besetzen teils hohe repräsentative Funktionen im Parlament und sind inzwischen dermaßen stark im politischen System verankert, dass die Regierung aus taktischen Gründen von einer bereits geplanten Verschärfung des Verhetzungsparagrafen wieder Abstand nahm. Hetzerische Aufrufe „zu sonstigen feindseligen Handlungen“ sind damit weiterhin nicht strafbar. Auch die Strafbarkeit von Hetze gegen einzelne Personen wurde wieder aus dem Entwurf gestrichen.

Die Regierung lässt es somit zu, dass Hetze gegen Minderheiten weiterhin Bestandteil von politischen Kampagnen bleibt. Schulterzuckend lässt sie auch zu, dass HetzerInnen und AntidemokratInnen in einem repräsentativen Gebäude wie der Hofburg ein Fest abhalten, das zugleich als Vernetzungstreffen der europäischen Rechtsextremisten dient.

Dass dieses just am Holocaust-Gedenktag stattfindet, ist die unfassbare Krönung dieser Politik, die so fahrlässig ist, dass man sich um die Zukunft unserer Gesellschaft Sorgen machen muss. *apo*

PS: Während Sie diese Zeilen lesen, versucht SOS Mitmensch noch einmal Druck auf die Burghauptmannschaft und die Regierungsspitze auszuüben, damit diese doch noch die Notbremse zieht.



Gipfel des Zynismus: Am Holocaust-Gedenktag feiern Rechtsextreme in der Hofburg.
Bild: KZ Auschwitz



The New York Times
IM ORIGINALEN WORTLAUT:
JETZT 4 WOCHEN GRATIS TESTEN.

Weltoffenheit.

Tag für Tag den Horizont erweitern. Der Qualitätsjournalismus des STANDARD lässt Sie die Welt immer wieder neu sehen. Zum Beispiel jeden Montag mit der Beilage der New York Times im originalen Layout und Wortlaut. Blättern Sie rein.



4 Wochen gratis lesen: derStandard.at/Abo oder 0810/20 30 40

Die Zeitung für Leser



DIE REICHEN HABEN SICH ALS ERSTE ERHOLT

In der Schweiz verfügen zwei Prozent der Reichen über so viel Vermögen wie 98 Prozent der restlichen Bevölkerung. Wird diese Ungleichheit nicht beseitigt, sinkt auch ein Großteil der Mittelschicht in die Armut, prognostiziert der Basler Soziologieprofessor Ueli Mäder.

Interview: Cathren Müller

Ihr Buch „Wie Reiche denken und lenken“ portraitiert Reiche, die sehr offen über sich und ihren Wohlstand sprechen. War es schwer, diese Leute zu überzeugen?

Nein. Bereits vor zehn Jahren, bei unserem ersten Buch ‚Reichtum in der Schweiz‘ hat uns die Resonanz überwältigt. Jetzt wurde uns bei einhundert Interviewanfragen nur einmal die Antwort verweigert. Ich frage mich immer, warum die Resonanz so positiv ist. Bei den einen ist es wohl großes Interesse, andere hoffen eventuell, weniger kritisch beurteilt zu werden, wenn sie kooperieren.

Hat diese Resonanz damit zu tun, dass Reichtum in einer Welt immer ungleicher Verteilung zunehmend weniger akzeptiert wird?

Möglicherweise. Mehr als die Hälfte war bereit, namentlich im Buch zu erscheinen, andere wollten nur anonymisiert zitiert werden und einige wollten zwar Auskunft geben, aber nur dann, wenn nichts davon veröffentlicht wird. Mit Einigen habe ich dann sehr lange Gespräche geführt. Das

sind für mich Indizien, dass es ein echtes Interesse an einer Auseinandersetzung gibt.

Problematisieren Ihre Gesprächspartner ihren Reichtum?

Manche der Reichen finden, wenn nicht ihren eigenen Reichtum, so doch die Entwicklung insgesamt problematisch, je nachdem, woher der Reichtum stammt. Wir unterscheiden in dem Buch den Reichtum patrizisch-aristokratischer Herkunft, den industriellen Reichtum, den Reichtum der Nachkriegszeit und den ganz neuen finanzgetriebenen Reichtum. Das ist natürlich eine sehr vereinfachende Typologie. Die habituellen und weltanschaulichen Unterschiede sind aber eklatant: Beim alten Reichtum, der vor allem in Basel zuhause ist, ist die Haltung ‚Reichtum verpflichtet‘ sehr ausgeprägt. Anders beim neuen Reichtum: Dort fließt das Geld schneller, es gilt die Maxime, dass sich das Geld optimal verwerten muss. Soziale Verpflichtung spielt dort keine Rolle. Entsprechend problematisch oder auch nicht sehen die Reichen ihre eigene Rolle.

Wer gilt als reich?

Reich ist dort, wer in der Lage ist, von den Zinsen seiner oder ihrer Vermögen zu leben. Dazu braucht man ein paar Millionen – abhängig vom Anspruch. Dem Wirtschafts magazin ‚Bilanz‘ gelten Personen als reich, die mehr als 100 Millionen Franken besitzen. So entsteht die jährliche Liste der 300 reichsten Personen in der Schweiz.

Ein Phänomen ist, dass Reiche sich nicht unbedingt selbst so einschätzen. Ab wann dürfen sie sich arm fühlen?

Wenn man nachfragt, kommt man auf ein Minimum von 30 Millionen Franken. Das ist die unterste Grenze. In der Schweiz ist die Verteilung der Vermögen ungleicher als irgendwo sonst: Es gibt eine Anzahl von Personen, die extrem viel haben. Die Schweiz hat die dritthöchste Milliardärsdichte der Welt, nur in Hongkong und Singapur leben noch mehr. Sehr viele werden über Erbschaften reich. Im Allgemeinen nimmt man an, Reichtum sei ein Produkt des Fleißes oder der Leistung, aber das oligarchische, aristokratische Prinzip spielt eine weit größere Rolle: Reichtum wird innerhalb einer relativ kleinen Gruppe weitergegeben. Relativ neu sind als Quelle von Reichtum die hohen Gehälter von Verwaltungsräten, CEOs und Aufsichtsräten. Das oberste Prozent der Einkommen hat seit den 1970er Jahren weltweit um 70 Prozent zugelegt, was unter anderem auf den wachsenden Anteil von Aktien als Bestandteil des Gehalts zurückzuführen ist und auf die Ämterakkumulation in den Führungsetagen der Unternehmen. Hinzu kommen die Börsen- und – in geringerem Ausmaß – Unternehmensgewinne.

Sie erwähnen, Reiche leben entsolidariert mit der Gesellschaft. Welche Auswirkungen hat das?

Wenn die Konzentration von Vermögen so weitergeht, wird der vorhandene soziale Zusammenhalt auseinanderdriften. Der Arbeitsfriede, der einerseits hochgehalten wird, andererseits aber zur Generierung dieses Reichtums beigetragen hat, ist damit zunehmend gefährdet.

Wer wird am stärksten von einer auseinander brechenden Gesellschaft betroffen sein?

Ganz klar jene, die über wenige Ressourcen verfügen. Krise als Chance, das ist zwar ein schönes Wort, aber für wen trifft das zu? Auf jene mit viel Kapital. Auch mit sozialem Kapital, mit Beziehungen, mit einer guten Ausbildung. Wohlhabende Leute haben das Gefühl, wenn es eng wird, geht irgendwo wieder ein Türchen auf. Die Working Poor aber, die viel arbeiten, aber wenig verdienen, verspüren diese Sicherheit nicht. Sie stehen schnell mit dem Rücken zur Wand. Spannend ist, dass es auch Einbrüche in der sogenannten Mittelschicht gibt. Sie folgten bisher der Maxime: „Sei mobil, sei flexibel“. Tatsächlich konnten sie damit am Arbeitsmarkt ihr Haushaltseinkommen vielfach erhöhen. Heute stellen wir fest, dass just sie am meisten von den geänderten Verhältnissen, Deregulierung, Flexibilisierung betroffen sind. Was geschieht mit diesen Leuten? Auch da habe ich den Eindruck, da gibt es ein großes Empörungspotenzial, in Frankreich sind nicht wenige zu Le Pen gewechselt.

„WOHL DEM LAND, DAS VIELE REICHE HAT.“ EIN SCHWEIZER CREDO.

Der Gini-Koeffizient stellt das Maß an Ungleichheit einer Gesellschaft dar. In der Schweiz beträgt er 0,8, in Österreich 0,65. Wie viel Ungleichheit bzw. wie viele Reiche kann sich eine Gesellschaft eigentlich leisten?

Man sagt in der Schweiz „Wohl dem Land, das viele Reiche hat.“ Ich würde eher sagen, Reiche tragen vergleichsweise wenig zum Sozialhaushalt bei, aber viele Menschen tun ganz viel dafür, dass Einzelne so reich sind. Der einseitige Reichtum strapaziert den Zusammenhalt und ist auch ökonomisch nicht sinnvoll. Würde Leistung sich wirklich lohnen, gäbe es auch mehr Kreativität.

Kann jeder reich werden?

Nein. Es ist dafür in der Regel eine bestimmte Menge Grundkapital notwendig. Es gibt eher selten Geschichten von Aufsteigern, das sind schöne Beispiele, die nicht Schule machen. Im Gegenteil: Es gibt immer mehr Menschen, die Full time erwerbstätig sind und sich gleichwohl unter dem Existenzminimum bewegen. Das ist auch für junge

Menschen entmutigend. Sie sehen, wie die einen finanziell abheben ohne etwas Entsprechendes dafür zu tun.

Führt die vorherrschende Steuerpolitik zu mehr Ungleichheit?

Ja, teilweise schon. Erst kürzlich traf ich auf einer Alumni-Veranstaltung der Uni Basel einen Unternehmensvertreter, der sich noch vor zehn Jahren vehement für die Abschaffung der Erbschaftssteuer eingesetzt hat. Er hat das jetzt als Fehler bezeichnet. Die Steuerpolitik in der Schweiz verschont die Vermögen und die Privatgewinne und so gehen auch der öffentlichen Hand enorm viele Mittel verloren. Allein in diesem Jahr werden in der Schweiz 40 Milliarden Franken vererbt. Mehr als die Hälfte davon geht an mehrfache Millionärinnen und Millionäre. Davon könnte die öffentliche Hand mehr generieren. Das wäre für die höheren Vermögen gar nicht so schmerzhaft. Es gibt auch Einzelne, die sagen, wir haben hier eine gute Infrastruktur, wir sollten mehr von unseren Gewinnen abgeben. Die Befürchtung, dass es dann zu Kapitalflucht kommt, teile ich nicht. Eine Umverteilung über eine progressive Steuerpolitik wäre sinnvoll.

Wo stehen denn die Reichen politisch? Gibt es einen gemeinsamen Nenner?

Was viele Reiche verbindet, ist eine kritische Distanz zum Staat. Der ältere Reichtum sieht den Staat als notwendiges Korrektiv. Der Staat soll ein Gegenüber sein, mit dem man etwas aushandeln kann. Aber sie bleiben auf Distanz. Das sieht man unter anderem an den 70 bis 80 Milliarden Franken, die in Stiftungen stecken. Der alte Reichtum macht gern etwas fürs Gemeinwohl, will aber selbst die Zwecke bestimmen. Diese Reichen sind tendenziell aufgeschlossen, sie haben auch einen etwas höheren Bildungsgrad. Eine andere Fraktion hat sich der Schweizerischen Volkspartei genähert, die eine andere Haltung zu Europa vertreten. Im Kontext der Krise habe ich den Eindruck, dass es eine Reihe von Reichen gibt, die realisieren, dass es auch für sie gefährlich wird, wenn es so weitergeht wie bisher. Sie wünschen sich, dass Arbeit und Kapital wieder gleichwertig behandelt werden.

Die wirtschaftlichen Umbrüche, die wir erleben, werden vielfach als Bedrohung emp-



Was viele Reiche verbindet, ist eine kritische Distanz zum Staat. Reiche, so Mäder, tragen vergleichsweise wenig zum Sozialhaushalt bei.

ZUR PERSON

UELI MÄDER

Ueli Mäder wurde 1951 in Beinwil am See im Kanton Argau (CH) geboren. Er ist Ordinarius für Soziologie an der Universität Basel und Professor an der Hochschule für Soziale Arbeit (FHNW). Zu Mäders Forschungsschwerpunkten zählt u.a. Soziale Ungleichheit (Reichtum/Armut, Integration/Ausschluss). Aktuelle Publikationen: „Wie Reiche denken und lenken“, Zürich 2010 (gem. mit Ganga Jey Aratnam, Sarah Schilliger)

funden. Wie erlebt das die Oberschicht?

Teile davon erleben das auf jeden Fall als bedrohlich. Ich habe mit Managern gesprochen, die Angst verspüren und mit einer Verschärfung der Konkurrenz reagieren. Andere wiederum beginnen, sich die Sinnfrage zu stellen. Eine sehr reiche Frau erzählte, wie sie am Totenbett ihres Vaters erkannte, dass man den Reichtum ja nicht mitnehmen kann. Die meiste Veränderung wird wohl durch die sinnliche Erfahrung ausgelöst. Ich denke an einen sehr bekannten Schweizer Unternehmer, der mir sagte, dass seine Fahrdienste für behinderte Menschen ihn dazu gebracht haben, anders über sich und die Welt zu denken. Er hatte durch diese Wahrnehmung einer anderen sozialen Realität ein Aha-Erlebnis. Ich habe nicht die Illusion, dass er jetzt ein völlig anderer Mensch ist, aber möglicherweise würde es helfen zu zeigen, wie lebt eine allein erziehende Mutter, wie lebt eine Familie, wenn so viel Erwerbsarbeit vorhanden ist und so wenig Einkommen. Das hilft möglicherweise mehr als der moralische Appell.

Wie lenken die Reichen die Schweiz oder die globalisierte Welt?

Die Welt ist komplex und kompliziert, daher wird sich nicht das eine Machtzentrum fin-

den lassen. Aber die Strategien der Einflussnahme sind sehr ausgeklügelt. Die Netzwerke werden immer wichtiger. Wir beobachten auch da eine Konzentration von Wirtschaftsmacht, die sehr kohärent auftritt – ganz anders als die Politik. Neben den Netzwerken, den persönlichen Bekanntschaften und den Verwandtschaften spielen auch die think tanks eine nicht zu unterschätzende Rolle. In der Schweiz haben wir mit ‚Avenir Suisse‘, dem think tank des Unternehmerverbandes ‚Economie Suisse‘ eine ideologische Denkfabrik, allerdings finden die Studien weite Akzeptanz, auch bei den Medien.

Welche Rolle spielt die Politik noch für die Reichen? Gibt es enge Verbindungen von Wirtschaft und Politik?

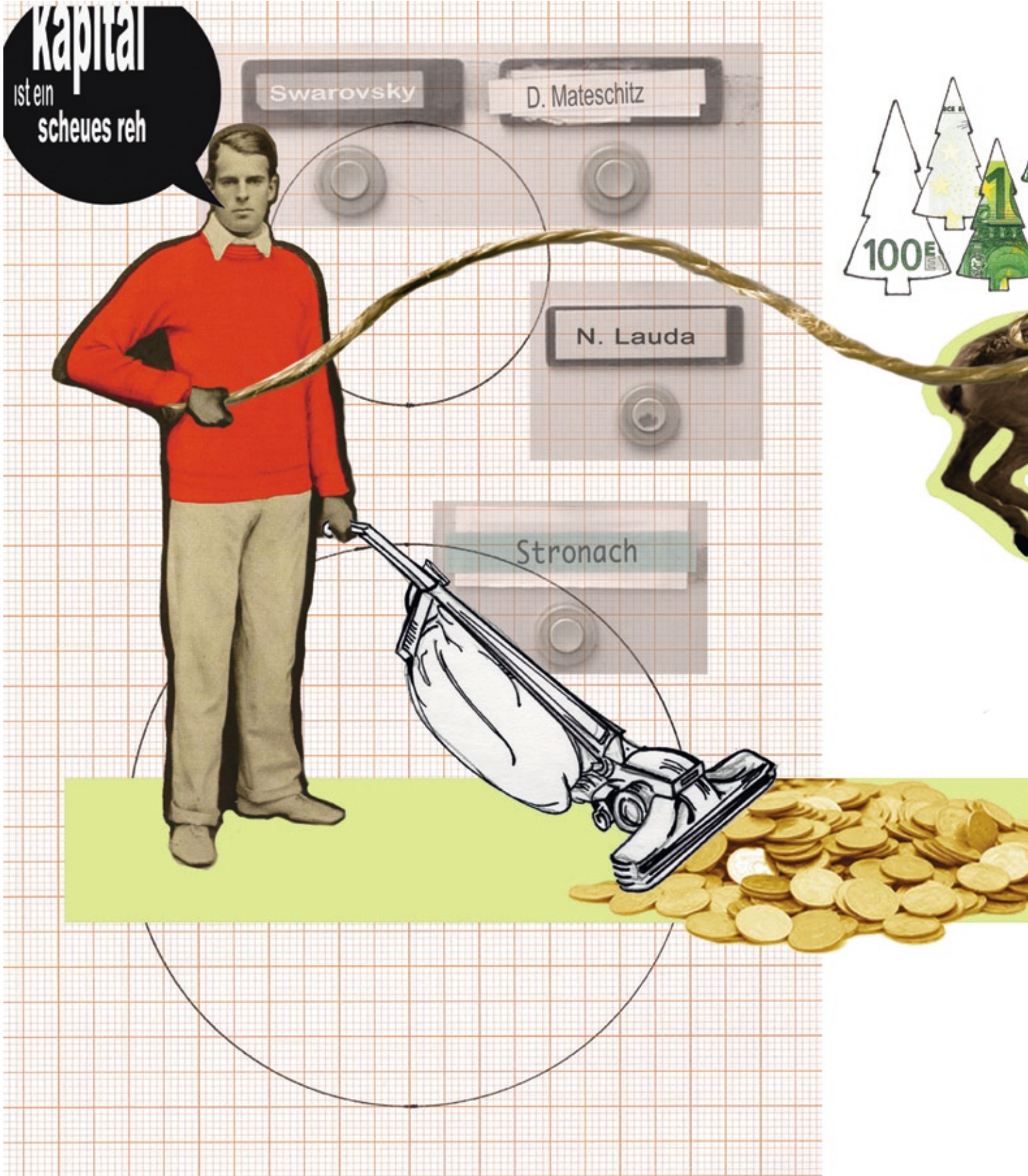
Die Anzahl der Politikerinnen und Politiker aus der Upper Middleclass hat zugenommen. Vor 30 Jahren spielten die Parteien noch eine größere Rolle, heute ist das anders. In einem nicht veröffentlichten Protokoll eines Basler Pharmakonzerns heißt es sinngemäß: ‚Wir haben es nicht mehr nötig, Leute in die Politik zu entsenden.‘ Und doch gibt es eine bemerkenswert hohe Zahl von PolitikerInnen, die aus diesen höheren Mittelschichtkreisen kommen. Aber Reichtum bedeutet zweifellos Macht. Es gibt nur wenige Reiche, die auf

direkte Einflussnahme kaum Wert legt. Aber auch sie verstehen, Netzwerke und think tanks zu nutzen. Der vorhin erwähnte Unternehmerverband Economie Suisse steckt in eine Abstimmung über die Wirtschaft mehr Geld als alle Parteien zusammen.

Es scheint, als würden sich gerade die Reichen als erste von den Auswirkungen der Krise erholt haben. Stimmt das?

Die reichsten 300 Schweizer hatten 1989 ungefähr 86 Milliarden Franken, 2009 besaßen sie 447 Milliarden Franken. Ein Jahr zuvor hatten sie noch 457 Milliarden, tatsächlich haben sie also zehn Milliarden verloren. Schon 2010 belief sich ihr Vermögen aber schon wieder auf 470 Milliarden Franken. Im Rahmen der raschen Erholung war also sogar eine Vermögenssteigerung möglich. Interessant ist in diesem Zusammenhang auch, dass weniger als drei Prozent der Steuerpflichtigen über mehr Nettovermögen verfügen als der ganze Rest der Bevölkerung. Eine Gewerkschaftsstudie hat aufgezeigt, dass sogar nur zwei Prozent ebensoviel besitzt wie 98 Prozent. Und die Studie „Global Wealth“ der Credit Suisse zeigt auf, dass in der Schweiz ein Prozent 58 Prozent der Vermögen hat. Die Konzentration von Reichtum hat also zugenommen.

Kapital
ist ein
scheues Reh



REICHLICH STEUERN, ABER WIE?

Die Reichensteuer ist in aller Munde, fast alle sind mittlerweile für sie. Steht sozialer Gerechtigkeit nun nichts mehr im Weg?

*Text: Martin Schürz, Beat Weber
Illustration: Eva Vasari*

Fast alle sind jetzt schon für eine stärkere Besteuerung der Reichen. Meinungsumfragen ergeben satte Mehrheiten für ein Zulagen bei den Wohlhabenden. Die GegnerInnen liefern indes ein mattes Rückzugsgefecht und bieten nur noch intellektuelle Kläglichkeiten wie „Enteignungs“-Rufe, „Neidsteuer“-Vorwürfe und Undurchführbarkeits-Behauptungen („sofortige Kapitalflucht“) auf. Steht sozialer Gerechtigkeit nun nichts mehr im Wege? Nun, die Einigkeit der BefürworterInnen unter dem strahlenden Banner der Gerechtigkeit trägt. Nicht überall, wo Gerechtigkeit draufsteht, ist auch Gerechtigkeit drin. Und nicht alles, was steuerlich machbar ist, ist bereits gerecht. Denn in der sozialen Gerechtigkeitsdebatte wird es nicht nur notwendig sein, bei den Modellen der Reichenbesteuerung genauer zu werden (Frage nach dem Wie), sondern insbesondere bei deren Be-

gründung (Frage nach dem Warum). Nur vorab: Eine Reichensteuer, die eine „win-win-Situation“ verspricht, von mehr Verteilungsgerechtigkeit, mehr Staatseinnahmen, mehr Wachstum und der Zustimmung aller träumt, ist jedenfalls illusionär.

Fest steht, dass gesellschaftlichen Kontroversen weder durch den Verweis auf hohe Freibeträge, geringe Steuersätze oder lange Ausnahmenlisten ausgewichen werden kann. Zuerst muss begründet werden, warum überhaupt besteuert werden soll. Erst die unterschiedlichen Begründungen werden unterschiedliche Steuervarianten nahe legen. Diese Unterschiede werden sich auch in den Steuereinnahmen niederschlagen. Aber auch die öffentliche Gerechtigkeitsdebatte ist davon ihrerseits beeinflusst. Wie sieht es also mit den in der öffentlichen Debatte vorgebrachten Motivationen aus?





1. Reichensteuern sind ein „Solidarbeitrag“ nach der Krise

Dies dürfte gegenwärtig die beliebteste Begründung einer „Reichensteuer“ sein. Bejaht wird diese Belastung tendenziell sogar von Reichen. Warum? Sie bedeutet erstens eine zeitliche Befristung auf Krisenzeiten (d.h. nach der Krise würde die Reichensteuer eine neue Begründung benötigen) und zweitens muss Reichensteuer ja nicht Vermögenssteuer meinen, sie könnte sich als Solidarbeitrag auf Lohneinkommen beschränken. Diese Komponente ist für reiche Menschen aber in der Regel die unwichtigere Einkommensquelle. Viel wichtiger sind Vermögenseinkommen.

Und sollte mit einer Reichensteuer eine Vermögenssteuer, d.h. eine Steuer auf die Vermögenssubstanz, gemeint sein, wären unter der Bezeichnung „Solidarbeitrag“ niedrige Vermögenssteuersätze und hohe Freibeträge zu erwarten. Es ginge eben nur um einen „Beitrag“, und wegen des Fokus auf „die Reichen“ würde die Mitte nicht belastet werden.

Dieses Modell beinhaltet zudem ein ideologisches Moment. Es wird suggeriert, dass die Reichen von sich aus solidarisch seien, obwohl Steuern eigentlich Pflichtabgaben sind. Die Reichen würden mit dem Nimbus der freiwilligen Güte versehen und so moralisch

ausgezeichnet. Hingegen käme kein Armer auf die Idee, seine Steuerleistung als „Solidarbeitrag“ zu bezeichnen.

Aus zwei Gründen darf bei dieser Variante von sozialer Gerechtigkeit nicht die Rede sein. Es wird nur das Wachstum der Vermögensungleichheit gebremst, aber nicht die Kluft zwischen Arm und Reich verkleinert. Zweitens fehlt die Bezugnahme auf die gesamte Gesellschaft. Denn von einer Zweck-

ÖSTERREICH BESTEUERT PRIVATVERMÖGEN IM OECD-VERGLEICH KAUM.

widmung der Reichensteuereinnahmen für die Armutsbekämpfung war bislang noch nicht die Rede.

2. Reichensteuern sind notwendig „gegen die Gier“

Die Besteuerung der Vermögenden gilt auch als Instrument zur ethischen Reform des Kapitalismus. Der Verweis auf Gier, die den auf den Finanzmärkten umtriebigen Reichen als Charaktereigenschaft zugeschrieben und als Ursache für die Krise behauptet wird, verallgemeinert das Thema ins Nebulose. Warum gerade die Reichen besonders gierig

sein sollen, ist fragwürdig. Vielleicht sind die Armen ebenso gierig, nur haben sie definitiv weniger Mittel, die Gier zu leben. Beim Thema Gier ist der Lavendelverdacht hoch. Gier gilt in der Psychotherapie als Kennzeichen narzisstischer Persönlichkeitsstrukturen. Es könnte zwar so sein, dass sich solche Persönlichkeitsstörungen eher bei Reichen finden als bei Armen; allein wir wissen es nicht. Wann Gier beginnt, ist in monetären Angelegenheiten völlig offen, und der Einfluss von Steuern auf Gier ebenso. Vielleicht steigert eine höhere Besteuerung sogar den Wunsch nach noch mehr Einkommen, um den besteuerten Verlust wettzumachen?

3. Vermögensbezogene Steuern in Österreich sind vergleichsweise „zu niedrig“

Wer so argumentiert, ist pragmatisch unterwegs und benötigt kein Gerechtigkeitsargument. Verwiesen wird oft auf andere Staaten: Durchschnittlich tragen vermögensbezogene Steuern in den OECD-Staaten 5,2% Prozent zum Steueraufkommen bei, in Österreich sind es aufgrund der großzügigen Zurückhaltung des Staates gegenüber Privatvermögen nur 1,3%. Würde Österreich zum OECD-Schnitt aufschließen, brächte das Mehreinnahmen in der Höhe von mehreren Milliarden Euro. Wie der internationale Durchschnitt aussieht, sagt aber nichts über richtig oder falsch in Steuerfragen aus, nur über die (Un-)Wahrscheinlichkeit von Kapitalflucht.

4. Reichensteuern sind „auch im Interesse der Reichen“

Rationale Reiche sollten diesem Argument zufolge ein Interesse an einer Vermögenssteuer haben, die den sozialen Zusammenhalt stärkt. Dies ist ein Gemeinwohlargument, das etwa auf den Zusammenhang von Ungleichheit und Kriminalität und von egalitärer Gesellschaft und Lebenszufriedenheit abstellt. Manche Reiche wie etwa die US-Milliardäre Warren Buffet und Bill Gates argumentieren tatsächlich so gemeinwohlorientiert. Doch der historische Trend bei den Vermögenssteuern zeigt, dass sich die Wohltäterfraktion bislang nicht durchsetzen konnte, und die Mehrheit der Wohl-

habenden sich mehr vom Zukauf privater Lösungen für ihre Sicherheitsbedürfnisse verspricht.

5. Vermögenssteuern „erhöhen die Finanzstabilität“

Vermögenssteuern, die verhindern, dass die Reichen und die von ihnen beauftragten Banken mit ihren riskanten Anlagen weitere Finanzkrisen auslösen, müssten massiv ausfallen. Es müssten hohe Steuersätze gewählt werden, damit die Reichen ihr Spielgeld verlieren. Das Bankgeheimnis müsste aufgegeben werden, damit die Finanzvermögensbestände kontrolliert werden können. Im Immobiliensektor müsste der preistreibenden Spekulation durch einen expandierenden öffentlichen Wohnbau begegnet werden. Zu solchen weit reichenden Maßnahmen zeichnet sich wirtschaftspolitisch nirgendwo die Bereitschaft ab. Stattdessen gibt es viel Gerede zur Finanztransaktionssteuer, deren Belastungseffekt minimal und deren Beitrag zur Finanzstabilität vermutlich bescheiden ist (wenngleich mit ihr ein nicht unbeträchtliches Aufkommen erzielt werden könnte). Von der österreichischen Politik lässt sich eine solche Steuer leicht fordern, da von den großen Finanzplätzen ein Veto kommt.

6. Vermögenssteuern „aufs Machbare beschränken“

Machbarkeit ist ein wichtiges Argument in der Debatte um Vermögenssteuern. So behaupten die GegnerInnen, dass jeder steuerliche Zugriff auf privates Vermögen durch den Staat scheitert, weil sich Vermögen durch Flucht entziehen würde. Gegen diese Behauptung ist ein beliebtes Gegenargument: Immobilien können nicht fliehen; nun ist dies zwar faktisch richtig, aber kein Gerechtigkeitsargument. Und während zwar eine Immobiliensteuer durchaus auch die „Richtigen“ träfe – denn Immobilienbesitz ist hoch konzentriert (in Österreich befinden sich 61% des gesamten privaten Immobilienvermögens im Besitz der obersten 10%) – so entgingen andere Vermögenskomponenten (Finanzvermögen) unbegründet einer Besteuerung. Darüber hinaus bedürften aus Verteilungssicht negative Nebenwirkungen



Das Kapital ist ein scheues Reh.

einer Grundsteuer (Überwälzung der Steuer auf Mieten, Besteuerung mühsam ersparter Kleineigentümer) gesonderter Regelungen.

7. Arbeit und Vermögen steuerlich „wenigstens gleich behandeln“

Hier wird auf die steuerliche Gleichstellung von Einkommen aus Arbeit und Vermögen abgezielt. Beide Einkommensquellen sollen dem gleichen Steuersatz unterworfen wer-

VERMÖGENSSTEUERN WOLLEN UMVERTEILUNG, NICHT NUR KLEINE BEITRÄGE VOM ZUGEWINN.

den. Problem: Die Unterschiede in der anfänglichen Ressourcenausstattung zwischen Armen und Reichen werden nicht berücksichtigt. Arbeit ist aber nicht mit Vermögenbestand zu vergleichen, aus dem Substanzentnahmen gemacht werden können. Mit sozialer Gerechtigkeit hat dieses formale Gleichheitsargument bei der Besteuerung daher wenig zu tun.

8. Soziale Gerechtigkeit verlangt eine substanzielle Vermögens- und Erbschaftssteuer

Besteuerung, die den Anspruch auf Gerech-

tigkeit erhebt, muss auf die Vermögenskonzentration zielen, da sonst die Kluft zwischen Arm und Reich nicht kleiner wird und die Demokratie ausgehöhlt wird. Das würde eine Besteuerung der Vermögenssubstanz, nicht bloß der Vermögenserträge bedeuten und eine möglichst umfassende Besteuerung aller möglichen Vermögensformen (Immobilien, Finanzvermögen etc.). Denn Vermögenssteuern in einer sozialen Gerechtigkeitsperspektive wollen explizit Umverteilung und nicht nur einen kleinen Beitrag vom Zugewinn. Eine fundamentale Diskussion zur Umverteilung ginge folglich nicht ohne Werte- und Interessenskonflikte ab.

Eine substanzielle Vermögensbesteuerung wäre kohärent begründet, wenn auch der Verwendungszweck der Steuereinnahmen gesellschaftlich sinnvoll (z.B. Alterspflege, Kinderbetreuung, Stärkung der Kaufkraft der Armen, öffentliche Investitionen, usw.) ist. Während die Wohlhabenden im Fall freiwilliger Spenden aber diesen selbst festlegen, würde eine Besteuerung mit demokratisch definiertem Verwendungszweck den Kreis der Entscheidungsbeteiligten erweitern. Was als gesellschaftlich sinnvoll erachtet wird, wäre einer öffentlichen Debatte zuzuführen. Die Macht des Reichtums muss auf gelebte Demokratie treffen.

ARM HAUT AUF ÄRMER

Facebook als Propaganda-Tool:
Über „reiche“ Asylsuchende und den
Widerspruch gegen rechtspopulistische
Lügenmärchen.

Erfahrungsbericht: Alex Poloak

Es war einmal in Österreich eine Asylwerberfamilie mit 6 Kindern. Dieser Familie ging es besonders gut. 3.593,90 Euro bekam diese Familie jeden Monat vom Staat Österreich überwiesen. Doch nicht nur das, niemand in der Asylwerberfamilie brauchte für das viele Geld auch nur einen Finger zu rühren. Wer hingegen kein Asylsuchender war, musste in Österreich hart arbeiten, nur um dann festzustellen, dass er doch viel weniger bekam. So erging es etwa einem österreichischen Facharbeiter, der eine Frau und drei Kinder zu versorgen hatte. Er bekam inklusive Familienbeihilfe nur 1.692,73 Euro ausbezahlt. Es war eine ungerechte Welt in Österreich, eine Welt, in der man ein Asylsuchender sein musste, um es gut zu haben.“

Als ich auf Facebook auf dieses Märchen stieß, dachte ich erst, diesen Unsinn wird doch niemand ernsthaft glauben. Zwar stehen Ungerechtigkeiten in Österreich an der Tagesordnung, aber Asylsuchende sind eines mit Sicherheit nicht: auf der materiellen Schokoladenseite. Ich wandte mich also rasch wieder von dem Facebook-Märchenplakat ab. Kurz darauf packte mich aber doch die Neugier. Woher kam dieses Plakat?

Die Facebook-Seite, von der es gepostet worden war, trug den Namen „Wein Hof Günter Nekrep“. Auf dieser Seite hing das Asylmärchenplakat an der Pinnwand und darunter stand in großen Buchstaben „BITTE TEILEN! BITTE TEILEN!“ Und was ich dann sah, konnte ich im ersten Moment gar nicht glauben. Ich musste zwei, dreimal hinschauen: das Plakat war mehr als zweitausend (!) Mal geteilt worden.

Wenn man bedenkt, wie viele Menschen mit einem Eintrag auf der Pinnwand einer Facebook-Seite erreicht werden können, dann war es wahrscheinlich, dass das Asylmärchen mehrere Zehntausend, vielleicht sogar mehr als Hunderttausend Menschen in Österreich zu Gesicht bekommen hatten. Die Kommentare, die Facebook-User dazu gepostet hatten, ließen erkennen, dass die Menschen dem Märchen tatsächlich Glauben schenkten: Einige kommentierten: „Ich hab’s schon immer gewusst“ oder „Diese Politik führt uns in den Abgrund“ oder „Kein Wunder“.

Ich fragte mich, was wohl in den Köpfen der Leute vorgeht, die solche Märchen ohne Anflug eines Zweifels glauben (wollen) und sie auch noch ohne zu zögern verbreiten. Ich überlegte, wie ich reagieren sollte oder sollte



ich am besten gar nicht reagieren? Sollte ich das Asylmärchen Märchen sein lassen und nur schauen, keine zusätzliche Aufmerksamkeit darauf zu lenken?

Nachdem das Plakat aber eine bereits dermaßen massive Verbreitung gefunden hatte, wollte ich dagegenuhalten. Ich produzierte ein neues Plakat, das dem Asylmärchen die Wahrheit über die finanzielle Lage von Asylsuchenden entgegenhält. Ein Wettrennen ging los. Würde das Gegenplakat annähernd soviel Verbreitung finden wie das Asylmärchenplakat?

Um es nicht zu spannend zu machen, die Antwort lautet: Nein. Das Gegenplakat wurde zwar mehrere hundert Mal auf Facebook geteilt und damit von mehreren Tausend, vielleicht sogar von mehr als zehntausend Menschen im Netz wahrgenommen. Das ist durchaus beachtlich, an die Verbreitung des Asylmärchens kam es aber nicht heran.

REICHER IN NOT!

Asylant (mit 6 Kindern)		Österreichischer Facharbeiter (mit 3 Kindern)	
Man	€ 379,50	Facharbeiterlohn, Mann	€ 1.473,78
Frau	+ € 379,50	Frau	0.-
Zuschlag 10 % von €90.-	+ € 50,60*	abzüglich Krankenkasse	- € 221,07
3 Kinder	+ € 1.062,60**	Zwischensumme	€ 1.252,71
Wohlbefindlichkeits Gds.	+ € 227,70	abzüglich Lohnsteuer	- € 131,78
Zwischensumme	€ 2.099,90	Zwischensumme	€ 1.120,93
Wohlbefindlichkeits Land KStmpen	+ € 260.-	Familienbeihilfe FA	+ € 571,80***
Familienbeihilfe FA	+ € 1.234.-***	Gesamt	€ 1.692,73
Gesamt	€ 3.593,90		

* bis 15 Jahren.
** zw. über 10 Jahre
*** Kinder: 2, 6, 8, 11, 13, 15 Jahre. Familienbeihilfe gestaffelt nach Alter und 0,90 mtl. + Kinderabsetzbetrag 50,90 je Kind

Im Internet kursieren Lügenmärchen über reiche AsylwerberInnen.

Ich beließ es aber nicht beim Posten des Gegenplakats, sondern verschickte es auch an etwa zweihundert der Leute, die das Asylmärchen auf ihre Facebook-Pinnwand geheftet hatten. Ich war neugierig, ob es zu irgendwelchen Reaktionen kommen würde. Tatsächlich fanden sich zwei Personen, die mir zurück schrieben. Die eine schrieb lediglich lapidar „Wen interessiert’s?“, die andere ließ sich hingegen auf einen kurzen Dialog mit mir ein. Sie fühle sich unterprivilegiert und im Stich gelassen, und da gäbe es diese Asylsuchenden, die mit „heißen Schlitten“ herumfahren und nichts arbeiten. Und dann sagte sie noch etwas Interessantes: „Ja, die, die was haben, geben eh sowieso nichts, also was soll ich machen, uns hilft eh keiner, wieso soll ich denen helfen, die solche Autos fahren?“ Ganz offensichtlich fühlte sich diese Person nicht nur vom Staat allein gelassen, sondern

es erschien ihr auch sinnlos, Stärkere in der Gesellschaft für ihre unbefriedigende Situation verantwortlich zu machen. Gegen die, die weiter unten sind bzw. die, die noch weiter unten zu sein haben als man selbst, lässt es sich besser Frust ablassen.

Task force gegen „reiche“ Asylwerber

Das weiß auch die Politik. Deshalb hatte es sich die damalige Innenministerin Fekter auch zu einer ihrer Hauptaufgaben gemacht, gegen Asylsuchende, die „zu Unrecht“ Grundversorgung beziehen, zu Felde zu ziehen. Eine eigene Task force wurde gebildet, um Jagd auf „wohlhabende“ Asylsuchende zu machen. Die Flüchtlingshelferin Ute Bock kann von Fällen berichten, in denen Asylsuchenden die Grundversorgung aberkannt wurde, weil sie einen kleinen Fernseher bei sich stehen hatten oder

LÜGE!

ÖSTERREICHER IN NOT!

Asylant (mit 6 Kindern)		Österreichischer Facharbeiter (mit 3 Kindern)	
Man	€ 379,50	Facharbeiterlohn, Mann	€ 1.473,78
Frau	+ € 379,50	Frau	0.-
Zuschlag 10 % von €90.-	+ € 50,60*	abzüglich Krankenkasse	- € 221,07
3 Kinder	+ € 1.062,60**	Zwischensumme	€ 1.252,71
Wohlbefindlichkeits Gds.	+ € 227,70	abzüglich Lohnsteuer	- € 131,78
Zwischensumme	€ 2.099,90	Zwischensumme	€ 1.120,93
Wohlbefindlichkeits Land KStmpen	+ € 260.-	Familienbeihilfe FA	+ € 571,80***
Familienbeihilfe FA	+ € 1.234.-***	Gesamt	€ 1.692,73
Gesamt	€ 3.593,90		

* bis 15 Jahren.
** zw. über 10 Jahre
*** Kinder: 2, 6, 8, 11, 13, 15 Jahre. Familienbeihilfe gestaffelt nach Alter und 0,90 mtl. + Kinderabsetzbetrag 50,90 je Kind

WAHRHEIT!

Möglichkeit 1: eine Asylwerberfamilie mit drei Kindern ist in einem Sachhaus oder Flüchtlingslager in Mehrpersonenzimmern untergebracht. [AsylwerberInnen haben keinen Einfluss darauf, in welchem Bundesland und in welchem Quartier sie untergebracht werden]

Der Herbergsbetrieb erhält ein Taggeld für Unterbringung und Verpflegung der AsylwerberInnen. AsylwerberInnen erhalten pro Monat ein „Taschengeld“ von 80€. Davon zu bezahlen sind Hygieneartikel, Wäsche, Seife, oftmals auch das WC-Papier oder bei Frauen Binden.

80 € pro Person mal 5 = 200 € monatlich für eine fünfköpfige Familie

Möglichkeit 2: eine Asylwerberfamilie mit drei Kindern ist in einem sogenannten „Selbstversorgungsquartier“ der Volkshilfe oder der Caritas untergebracht.

Die AsylwerberInnen erhalten statt der Verköstigung „Essensgeld“. Dies beträgt bei Erwachsenen monatlich 150€, bei Minderjährigen 100€. Ebenfalls von diesem „Essensgeld“ zu bezahlen sind teilweise die Hygieneartikel, da in dieser Unterbringungsform kein Taschengeld ausbezahlt wird!

2 mal 150 € + 3 mal 100 € sind insgesamt 600 € monatlich für eine fünfköpfige Familie

Möglichkeit 3: die Asylwerberfamilie wohnt in einer Privatwohnung.

Die 5-köpfige Familie erhält einen maximalen Zuschuss pro Monat von 200€ für Miete und Betriebskosten. Erwachsene einen Essenszuschuss von 150€, Minderjährige 100€. (zu bezahlen ist die gesamte Miete, Betriebskosten, Essen und sonstige Lebenserhaltungskosten.)

Ergibt gesamt 800 € monatlich für eine fünfköpfige Familie.

weil sie geringfügig etwas dazu verdienten. 40 Millionen Euro seien bei Asylsuchenden eingespart worden, behauptete Fekter stolz. Es ist die gleiche Fekter, die sich nun mit Händen und Füßen dagegen wehrt, dass Steuern auf große Vermögen eingeführt werden, weil dann ja reichen Menschen „nachschnüffelt“ werden müsste, und das sei ihnen nicht zumutbar.

Ihren Ursprung hat die Rhetorik von den „privilegierten Ausländern“ allerdings bei der FPÖ. Auch wenn sich die Quelle des Facebook-Asylmärchenplakats nicht mehr genau identifizieren lässt, so passt das Plakat perfekt in die Kommunikationsstrategie der FPÖ. Viele werden sich noch an Heinz-Christian Straches Worte im letzten Wiener Wahlkampf erinnern, als er sagte: „Willst du eine soziale Wohnung haben, musst du nur ein Kopftuch tragen.“ Und auch der Wiener FPÖ-Obmann Johann Gudenus forderte erst kürzlich wieder: „Schluss mit der Bevorzugung von Migranten!“

Das Klavier, auf dem populistische PolitikerInnen spielen, funktioniert so lange gut, solange sich unsere Gesellschaft nicht von der Vorstellung verabschiedet hat, dass es NichtösterreicherInnen in Österreich schlechter zu gehen hat als ÖsterreicherInnen.

Es gilt also an einer neuen Sichtweise auf Gesellschaft zu arbeiten. Und es gilt wo immer möglich gegen Lügenpropaganda aktiv zu werden. Denn Resignation und Schweigen stärkt reaktionäre Kräfte.

WO BLEIBT DER REICHTUM?

In den USA reissen Kommunen den Asphalt von Straßen auf, weil ihnen das Geld für deren Erhaltung fehlt. Zugleich wetten Investmentbanker auf Weizen, weil ihnen angesichts enormer Kapitalmengen die Anlageformen ausgehen. Bericht über eine Verteilungskrise.

Text: Gunnar Landsgeßell

Und wieder ein neuer Rekord: Im ersten Quartal 2011 haben Versicherungen und Pensionsfonds rund 600 Milliarden Dollar in die von Investmentbanken und Hedgefonds aufgelegten Wertpapiere investiert, um auf Rohstoffe, darunter Mais und Weizen, zu wetten. Das ist so viel wie nie zuvor. Vor dem Hintergrund einer Milliarde hungernder Menschen auf der Welt bedeutet das auch einen Rekord an Zynismus. Immer mehr WirtschaftsexpertInnen kritisieren dieses Börsenspiel und fordern ein Verbot auf Zocken mit Nahrungsmitteln. Die Folgen der Spekulationen, so argumentieren sie, ist ein dramatischer Anstieg der weltweiten Nahrungsmittelpreise. Die deutsche NGO „foodwatch“ kommt in ihrer aktuell präsentierten Untersuchung „Die Hungermacher“ zum Ergebnis, dass diese Finanzindustrie für den Hunger und den Tod von Millionen Menschen mitverantwortlich ist. Foodwatch rechnet vor, dass allein 2010 die Nahrungsmittelpreise um unglaubliche 33 Prozent gestiegen sind. Das stürzte weitere Millionen von Menschen in die absolute Armut.

In der hochkomplexen, globalisierten Finanzwelt gibt es selten so anschauliche Beispiele dafür, wie der Reichtum der Einen die Armut der Anderen bedeutet. Seit der Dere-

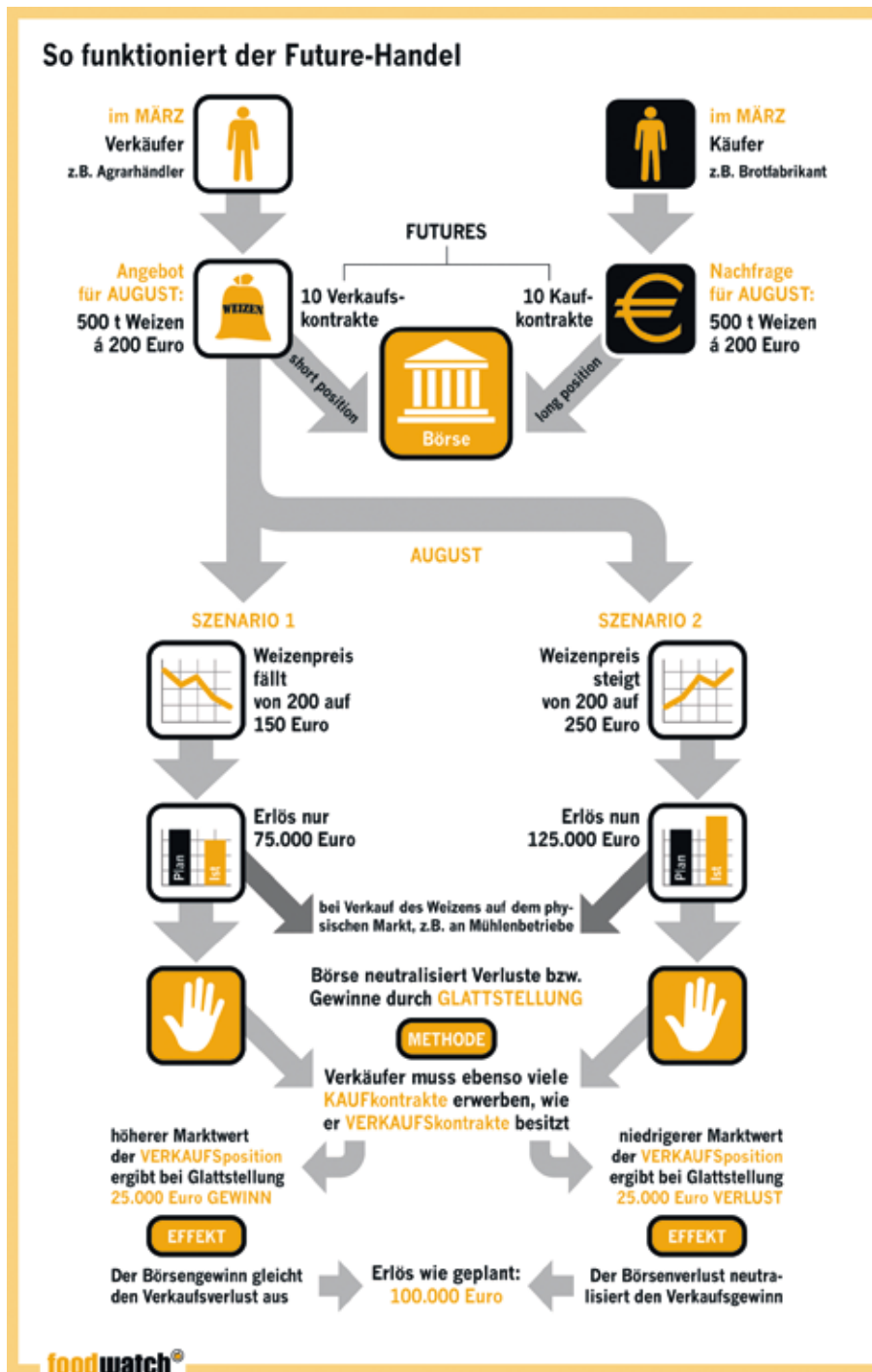
gulierung der Finanzmärkte scheinen auch die Möglichkeiten des Spekulierens völlig entfesselt. Die Wetten auf Weizen oder Mais sind aber kein Zufall. ÖkonomInnen wie der Bremer Uni-Prof. Hans H. Bass erklären, dass die unkontrollierten Finanzmärkte in den vergangenen Jahrzehnten solch immense Mengen an Kapital angehäuft haben, dass ihnen die Anlageformen ausgingen. Rohstoffe wie Nahrungsmittel erwiesen sich als heiße, neue Anlageklasse, die Öl oder Gold verdrängten. Wie attraktiv Nahrungsmittel als Anlage- und Gewinnform wurden, zeigt sich etwa an der Chicagoer Börse (CBOT). Laut Foodwatch lag der Anteil an spekulativ gehaltenen Weizen-Kontrakten dort 1999 noch bei 20 bis 30 Prozent. Heute ist er auf 80 Prozent gestiegen. Brisant ist daran auch, dass der gehandelte Weizen die Besitzer gar nicht wechseln muss. Mit Leerkäufen, Termingeschäften und selbst Wetten wird mit Gütern gehandelt, die sich nicht im Besitz der Zocker befinden müssen. Da geht zuweilen der Anschluss an die Realität verloren. Das Volumen der Termingeschäfte auf eine bestimmte Weizensorte („Soft Red Winter“) belief sich in Chicago im März auf rund 76 Tonnen. Tatsächlich beträgt die gesamte Jahresreserve dieser Weizensorte lediglich neun Tonnen.

Die Armen dieser Welt bilden den Endpunkt dieser Börsenwelt, nur dass sie nicht virtuell hungern, sondern ganz real.

„Steuerschonend“

Auch wenn dieser Tage die Wut auf (Investment)Banken die öffentliche Meinung bestimmt, sind es nicht die Geldinstitute allein, die den Nationalökonomien und damit der Gesellschaft Schaden zufügen. Schon in den vergangenen Jahrzehnten trieb auch das fröhliche Credo „Geht es der Wirtschaft gut, geht es den Menschen gut“ bizarre Blüten. Während die Rating-Agenturen vor weiteren Staatspleiten und die OECD vor einer tiefen Rezession warnt, wurden große Unternehmen von den Staaten quasi steuerfrei gestellt. Steuersysteme arbeiten angesichts internationaler Konkurrenz ängstlich Konzernen zu, während ArbeitnehmerInnen die Ausfälle kompensieren. In den Jahren 1960 bis 2000 sank etwa in Deutschland der Anteil der Steuern auf Gewinn- und Vermögenseinkommen von 20 Prozent auf 6,7 Prozent, während im selben Zeitraum der Anteil der Steuern auf Löhne und Gehälter von 6,3 auf 19,4 Prozent stieg. Hier musste also jemand für die Unternehmen einspringen. Wie das funktionierte, führten Hans Weiss

So funktioniert der Future-Handel

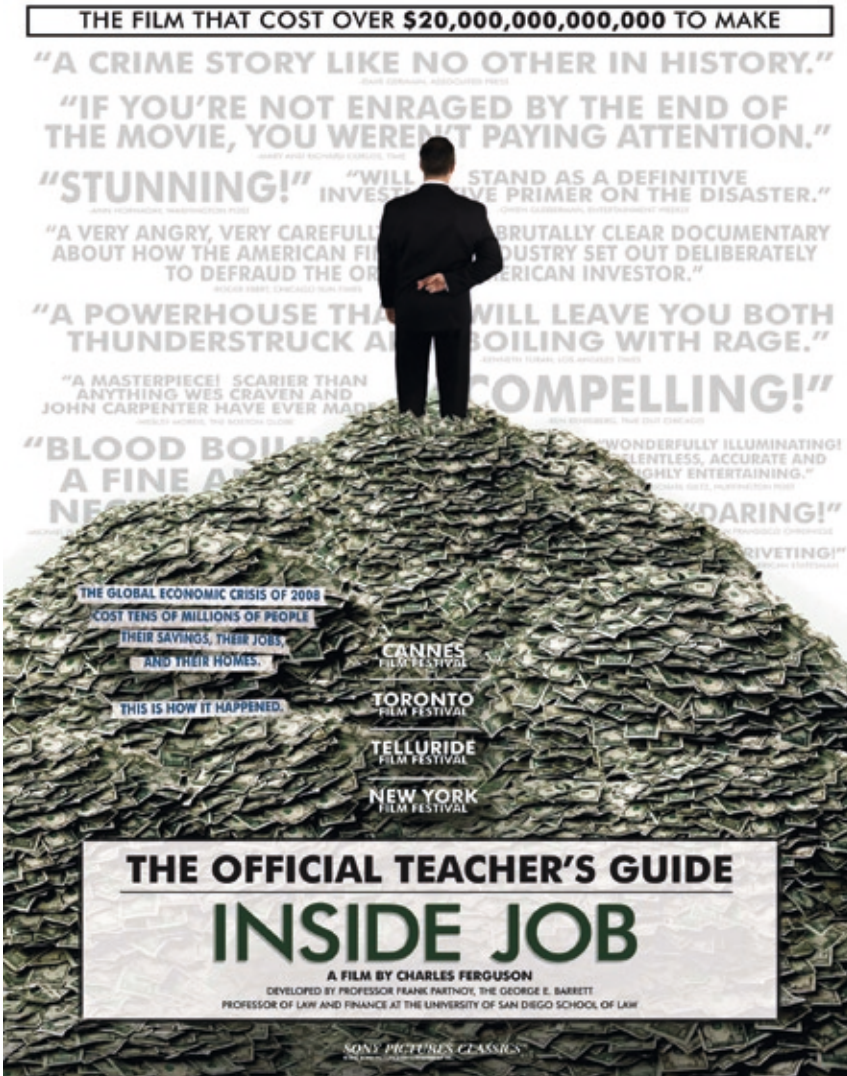


Hochspekulative Termingeschäfte machen auch vor Nahrungsmittel nicht halt. (Quelle der Grafik: foodwatch.de)

und Ernst Schmiederer schon 2004, lange vor der Finanzkrise, in ihrem Buch „Asoziale Marktwirtschaft“ eindrücklich vor. Während Unternehmen die Staaten systematisch ausgeplündert haben, sind Städte wie Wuppertal oder Gelsenkirchen aufgrund ausgetrockneter Gewerbesteuern nahezu bankrott. Die Schließung von öffentlicher Infrastruktur wie Schwimmbäder und Bibliotheken steht im Raum, bis zur Kürzung sozialer Leistungen reichen die Folgen dieser gigantischen Umverteilung. Währenddessen verzeichnen

Unternehmen Rekordgewinne, streifen Vorstände Boni in Hundert-Millionen-Höhe ein, freuen sich Shareholder über neuerliche Dividendensteigerungen. Wir haben es nicht mit einer kurzfristigen Finanzkrise, sondern mit einer Systemkrise zu tun, die weiter zurückreicht. Konzerne wie Unilever, BMW oder Pfizer haben, angeleitet von international agierenden Steuerkanzleien wie PricewaterhouseCoopers, verschachtelte Firmenstrukturen entwickelt, um möglichst „steuerschonend“ ihre Gewinne einzufah-

ren. „Legale Steuerhinterziehung“ nannte das ein Steuerfahnder einmal. Wer besonders geschickt ist, kriegt vom Staat sogar noch eine „Negativsteuer“ ausbezahlt, wie Hans Weiss in seinem 2010 erschienenen „Schwarzbuch Landwirtschaft“ ausführt. Die Raiffeisenlandesbanken berappten für einen Jahresgewinn von rund 1,9 Milliarden Euro nur rund 1,9 Millionen Euro an Steuern. Das entspricht, so Weiss, einer Steuerleistung von 1 Prozent, wobei das Gesetz eigentlich 25 Prozent vorsieht – aber eben auch zahlreiche Vergünstigungen und Schlupflöcher. Die Raiffeisen OÖ schaffte es in einem Jahr sogar, bei Gewinnen von 220 Mio. Euro nicht nur keine Steuern zu zahlen, sondern auch noch 10,4 Mio. Euro (Steuergelder) refundiert zu bekommen. Die Politik sorgte mit ihren Steuerrechtsreformen für viel Spielraum, Sozialdemokratie oder Konservative machten dabei keinen Unterschied. Gewinne können mit den Verlusten von Tochterfirmen gegen gerechnet werden, Holdings siedeln sich in steuerlich günstigen Staaten an und leiten von dort Milliarden an Steuern an die Shareholder weiter, alles legal, versteht sich. Zuweilen schießt die Einladung zur Steuerschonung über das Ziel hinaus. Erst jüngst erschütterte das noch schwerer als Italien verschuldete Japan einer der größten Unternehmensskandale. Vor 20 Jahren geriet Medizintechnik-Konzern Olympus, bekannt für seine Kameras, durch Investmentverluste gehörig ins Trudeln. Das Minus schrieb die Direktion beim Kauf anderer Unternehmen ab, indem es etwa überhöhte Beraterhonorare verrechnete. Beim Kauf des britischen Herstellers medizinischer Geräte, Gyrus, um 2 Milliarden Dollar, ließen sie 600 Millionen Euro „steuerschonend“ in einen Fonds auf den Cayman Islands fließen. „Üblich“ wäre aber nur ein Dreißigstel dieses Betrages gewesen. Auch wenn Konzerne oder Einzelaktionäre ihre Gewinne ganz legal über Briefkastenfirmen in Steueroasen transferieren, sind es vor allem die Staatsbudgets, die dadurch erfolgreich ausgedünnt werden. Erst kürzlich rechnete die Arbeiterkammer die Schiefelage bei der Steuerlast in Österreich vor. Zwei Drittel der Steuererlöse zahlen ArbeitnehmerInnen und PensionistInnen (43 Milliarden Euro über Lohn- und Mehrwertsteuer), nur ein Drittel kommt aus Steuern auf Gewinne, auf Vermögen und Sprit (22,6 Milliarden Euro). Das ist vergleichsweise bescheiden. Politische Forderungen, wonach sich die Reichen doch solidarisch zeigen sollen, wirken dabei wie ein Hohn. Wo den Armen und



Beleuchtet die Hintergründe der Finanzkrise: der Dokumentarfilm „Inside Job“ von Charles Ferguson.



Konzernchef Hans-Peter Haselsteiner, Unternehmer fordert ein solidarisches Steuersystem.

der Mittelschicht verordnet wird, den Gürtel enger zu schnallen, wird die Steuerpflicht bei den Reichen als „Solidarbeitrag“ verstanden. Nur wenige Reiche verstehen diese Solidarität als strukturelle Maßnahme zur Umverteilung. Strabag-Chef Hans Peter Haselsteiner oder der Unternehmersohn und Gesundheitsökonom Christian Köck folgten in öffentlichen Statements Beispielen wie dem kalifornischen Milliardär Warren Buffett und forderten die Erhöhung von Einkommenssteuern bzw. Erbschafts- und Schenkungssteuern. Andere wie Billa-Gründer Karl Wlaschek drohten in der Vergangenheit schon gerne einmal damit, das Land zu verlassen, wenn die Belastungspakete nicht gestoppt würden. Um sich vor dem Zugriff dieses Staates zu schützen, haben die Flicks, Piech, Wlaschek oder Prinzhorn ihr Vermögen in Privatstiftungen geschützt.

Sozialstaat stabilisiert

Die Angstmache, wonach etwa unser Umlagesystem die Pensionen der Zukunft nicht mehr sichern könne, wirkt vor dem Hintergrund satter Konzerngewinne und der enormen Kapitalsummen, die im Börsengeschäft zirkulieren, entweder ziemlich ratlos oder – aus Sicht privater Pensionsfonds – ziemlich kalkuliert. Aber müssen die BürgerInnen, wie der deutsche Philosoph Jürgen Habermas es unlängst formulierte, wirklich das Vertrauen in die Politik und damit die Demokratie verlieren? Wie kommt es, dass die Verschlankung des Staates, das „rationalisieren“ als so erstrebenswert erscheint? Während zugleich der Verlust an Lebensqualität bedauert wird. Dass das Vertrauen in den Sozialstaat einer regelrechten Verachtung für ihn Platz zu machen scheint? Erst kürzlich hat der Ökonom Markus Marterbauer in seiner

fabelhaften Analyse „Zahlen bitte! Die Kosten der Krise tragen wir alle“, vorgerechnet, wie wachsende Ungleichheit nicht nur die Finanz- sondern auch eine gesellschaftliche und soziale Krise verschärft. Während sich „Sozialstaat“ zunehmend wie ein Schimpfwort anhört, führt Marterbauer aus, dass sich „gerade auch in der Finanzkrise dieser Sozialstaat als stabilisierender Faktor bewährt und seine Überlegenheit gegenüber privaten, auf den Kapitalmärkten basierenden Sicherungssystemen erneut bewiesen“ hat. Der Wirtschaftswissenschaftler bestätigt auch, dass Arme und die Mittelschicht in den vergangenen Jahrzehnten nur eingeschränkt an der Zunahme des ökonomischen Wohlstands profitiert haben. Wider besseres Wissen scheint man in Europa aus den Folgen der fatalen Deregulierungspolitik der Reaganomics (Laffer-Kurve!) der 1980er Jahre nichts gelernt zu haben. Aus den USA wird mittlerweile von steuerlich ausgetrockneten Kommunen berichtet, die den Asphalt ihrer Straßen aufreißen und diese in Schotterpisten verwandeln, weil sie sich deren Erhaltung nicht mehr leisten können. Die nächtliche Straßenbeleuchtung abschalten, öffentliche Spitäler schließen und soziale Leistungen einfach beenden. Jede/r zehnte US-Amerikaner/in bezieht heute Lebensmittelmarken, weil das Land zwar ein sehr hohes BIP aufweist (ein Drittel höher als in Österreich), aber der Wohlstand so ungleich verteilt ist. Wo also bleibt der Reichtum, müsste man angesichts der Sparrhetorik die österreichische Regierung fragen. Währenddessen zocken die Spekulanten ungehindert weiter. Wie meinte James Angels, Ökonom der Universität Georgetown: Was mich an der Krise wirklich erschreckt hat, ist nicht, wie viel sich verändert hat, sondern wie wenig. Aber das liegt daran, dass die Software in unseren Gehirnen nicht neu programmiert wurde. Sie lautet: Werde schnell reich, die Gier der Leute zu spekulieren, verschwindet nicht von alleine.



We are the 99 Percent

Persevere – Durchhalten! Für leistbare Sozialversicherung, gerecht bezahlte Jobs, gute Schulen, Pensionsversicherung! www.werearethe99-percent.tumblr.com

NEOLIBERALISMUS II

Asoziale Weihnachtsmärkte

Die Wiener Straßenzeitung „Augustin“ hat in einem telefonischen Rundruf ermittelt, ob es Adventmärkte gibt, die KolporteurInnen von Straßenzeitungen und auch BettlerInnen den Zutritt verwehren. Das Ergebnis: Acht Märkte hatten tatsächlich ein Verbot verhängt. Als Legitimierung sehen die VeranstalterInnen offenbar den neoliberalen Trend an, öffentliche Raum durch „Anmietung“ kurz- oder auch langfristig für eigene kommerzielle Zwecke zu privatisieren. Anders sah es die Augustin-Redaktion. Vor dem Hintergrund christlicher

Nächstenliebe ortete sie einen Kampf gegen die Armut, der zu einem Kampf gegen die Armen selbst gewendet wurde. Sie riefen zum Protest auf, diesem folgte eine Reihe anderer Medien wie auch empörte BürgerInnen, die ihre Solidarität bekunden wollten. Einer der Weihnachtsmärkte, der Manchen verschlossen bleiben sollte, findet am Wiener Rathausplatz statt. Dessen Betreiber heißt Akan Keskin und zierte im Rahmen eines Dossiers über migrantische Ökonomien selbst einmal das Cover dieses Magazins. Ursprünglich lehnte Keskin

Gespräche ab. 24 Stunden vor der Occupy-Aktion, so berichtet der Augustin, lenkte er aber ein. Der Augustin solle verkauft werden dürfen. Deren RedakteurInnen freuten sich über den ersten Erfolg, über die „privilegierte“ Behandlung hingegen weniger. Zudem: Auch auf anderen Märkten wie dem am CAMPUS und im Alten AKH würde armen Menschen der Zutritt verwehrt. Was die Zivilgesellschaft, die über Facebook und andere soziale Medien mobil machte, noch erreichen konnte, blieb zu Redaktionsschluss offen. *gun*

Ausgezeichnete MO-Autorinnen

Ulli Gladik wurde für ihre Reportage „Eine Mafia, die bettelt?“ ebenso wie Hanna Silbermayr für die Migrations-Reportage „Sie haben uns das Meer gestohlen“ mit dem Prälat-Leopold-Ungar-Preis der Caritas ausgezeichnet. Beide Geschichten erschienen in MO. Wir gratulieren!

International Migrants Day

Am 18. Dezember, dem International Migrants Day, wird es auch in Wien, im Flüchtlingsdorf „Macondo“ in Simmering, ein Treffen mit Diskussionen und Aktionen geben. Die Veranstaltung steht in Verbindung mit dem Internationalen MigrantInnentag am 1. März 2012. <http://globalmigrants-action.org>

Familie Hasani soll bleiben

Seit 7 Jahren lebt die Familie Hasani in Neufelden (OÖ). Nun soll die Familie mit vier Kindern zwischen fünf und 11 Jahren in den Kosovo abgeschoben werden; der Asylgerichtshof hält das für „zulässig“. Die Gemeinde und viele andere protestieren gegen dieses inhumane Vorhaben. <http://hasanissollenbleiben.blogspot.com/>



Hier geboren, vom Staat vertrieben.

**ASYLSCHUTZ**

Per Gesetz zum Nichtstun verurteilt

Asylsuchende leben in Österreich praktisch unter Arbeitsverbot. Der Staat erlaubt nur wenige Ausnahmen, Prostitution und Erntehilfe sind zwei davon. Wovon leben also Menschen mitunter Jahre lang? TEXT: NIKO KATSIVELARIS FOTOS: KARIN WASNER

2005 kam Elina* im Alter von 25 Jahren nach Österreich und suchte um Asyl an. In Polen und Tschechien hatte sie es vergeblich versucht. Zwei Jahre dauerte allein die Überprüfung der Zuständigkeit Österreichs. Legal arbeiten durfte Elina in dieser Zeit nicht. Sie begab sich trotzdem auf Arbeitssuche – illegal: „Mein erster Job war der einer Babysitterin, für drei Euro die Stunde“, erzählt Elina, die in ihrer Heimat ein Universitätsstudium absolviert hat. 2007, als sie schon zum inhaltlichen Verfahren zugelassen war, jobbte Elina zunächst weiterhin illegal – diesmal als Haushaltshilfe. Bei

zwei Familien hatte sie Glück: Sie bekam zehn Euro die Stunde und „sehr viel moralische Unterstützung“, wie sie hervorhebt. Diese Unterstützung durch engagierte Einzelpersonen hatte sie auch nötig: AsylwerberInnen wie Elina haben es auf dem österreichischen Arbeitsmarkt denkbar schwer, sind sie doch von diesem praktisch ausgeschlossen. Zumindest solange das Zulassungsverfahren noch andauert. Aber auch für die Dauer des inhaltlichen Verfahrens, das Jahre dauern kann, gibt es kaum Chance auf eine Beschäftigungsbewilligung. Jene Bereiche, in denen der Gesetzgeber Arbeit

zulässt, klingen fast wie ein Hohn: Die Leute dürfen sich als Ernte- und SaisonarbeiterInnen, als ZeitungsausträgerInnen, als SchneeräumerInnen bei der MA48 zu Mindeststundensätzen verdingen. Oder auch als „neue Selbstständige“, etwa in der Sexarbeit. Im Falle einer Inhaftierung bleibt die Arbeit im Gefängnis. Eine besondere Nische, die auch während des Zulassungsverfahrens besteht: die gemeinnützige Tätigkeit. Für die absolute Gros der Leute aber gilt: Wer nicht arbeiten darf, ist von staatlicher Versorgung abhängig. Die nennt sich im Fall asylsuchender Menschen Grundversorgung

und macht einen Bruchteil der bedarfsorientierten Mindestsicherung aus.

„Rückkehrverbot“ bei illegaler Tätigkeit

Elina gehörte zu jenen „Fällen“, in denen das Zulassungsverfahren besonders lange dauerte. Margit Ammer vom Ludwig Boltzmann Institut für Menschenrechte dazu: „Während des Zulassungsverfahrens und weitere drei Monate danach sind AsylwerberInnen rechtlich vom Arbeitsmarkt ausgeschlossen. Das gilt für selbständige und unselbständige Arbeit und kann für die Betroffenen besondere Härte darstellen.“ Elina wollte nicht zum Nichtstun verurteilt sein, suchte gleicher-

Die Grundversorgung macht nur einen Bruchteil der Mindestsicherung aus.

maßen aus psychologischen wie finanziellen Gründen Arbeit und fand eine illegale Stelle als Haushaltshilfe. Auch wenn sie bei der Familie viel private Unterstützung erfuhr, ging sie damit neben der fehlenden sozialrechtlichen Absicherung ein anderes Risiko ein, erklärt Ammer: „Asylsuchende, die bei einer Beschäftigung ohne Bewilligung nach dem Ausländerbeschäftigungsgesetz angetroffen werden, riskieren im schlimmsten Fall ein Rückkehrverbot.“ Eine der Konsequenzen eines Rückkehrverbotes ist der Ausschluss der Gewährung von „humanitären Aufenthaltstiteln“ wie dem „Bleiberecht“.

Arbeit trotz Krankheit

Zu den zahlreichen Belastungen, denen AsylwerberInnen aufgrund ihrer Entwurzelung ausgesetzt sind, gesellen sich harte Arbeitsbedingungen und Ausbeutung in legalen Jobs, denen sich ÖsterreicherInnen kaum mehr aussetzen. Claire Stephan, Sozialarbeiterin beim Verein Ute Bock, weiß, dass Asylsuchende „oft große psychische und physische Belastungen in Kauf nehmen, um sich mit Arbeit über Wasser zu halten.“ Auch Elinas Lebenssituation war extrem belastend: In ihrem Heimatland war sie vier Mal wegen einer Darmerkrankung operiert worden. Bei ihrem Aufenthalt in Polen erkrankte sie an Meningitis. Die Gründe, die zu ihrer Flucht führten, hatten sie psychisch traumatisiert. Dazu kam die Ungewissheit des laufenden Asylverfahrens. Rückblickend erinnert sie sich an „sehr viel Stress und Depressionen“. Arbeiten musste sie trotzdem. Aus Angst vor Abschiebung hatte sie sich gewiegert, im Zu-

lassungsverfahren in der Erstaufnahmestelle Traiskirchen zu bleiben. Damit hatte sie aber den Anspruch auf Grundversorgung verloren. Wie sie ohne ein Quartier beim Verein Ute Bock, ohne Essensgutscheine und illegale oder prekäre Jobs überlebt hätte, lässt sich nur schwer vorstellen.

Gesetzesdschungel

Der äußerst beschränkte Zugang zum Arbeitsmarkt geht auf die schwarz-blaue Regierungszeit zurück. Der damalige VP-Wirtschaftsminister Martin Bartenstein erließ im Jahr 2004 einen Erlass, der arbeitswillige Asylsuchende in die Ernte- und Saisonarbeit drängte. Seit 2010 werden sie sogar in Österreich lebenden MigrantInnen offiziell bevorzugt. Das Argument billiger Arbeitskräfte dürfte es möglich machen. Insofern dürfte es sich auch erübrigen, zu prüfen, ob für diese Arbeitsnische ÖsterreicherInnen zur Verfügung stünden.

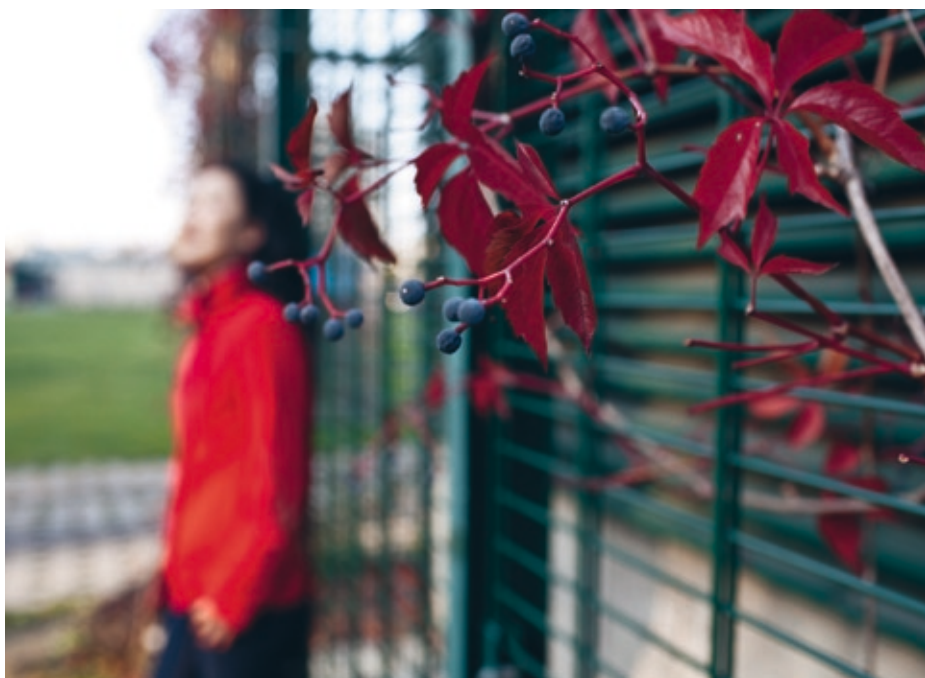
Einen gesetzlichen Haken gibt es aber auch in dieser Situation: Findet jemand wie Elina eine legale Beschäftigung im Tourismusgewerbe oder in der Landwirtschaft, wird sie von ihrem konkreten Arbeitgeber automatisch abhängig. Im Moment, in dem dieser sie kündigt, wäre auch die Beschäftigungsbewilligung weg. Die Errungenschaften unserer modernen Arbeitswelt scheinen damit fern. Von besseren Beschäftigungstiteln, die

mehr Eigenständigkeit ermöglichen, etwa einer Arbeitserlaubnis oder einem Befreiungsschein, sind AsylwerberInnen automatisch ausgeschlossen. Die Logik dazu ist simpel: Eine generelle Arbeitserlaubnis ist eben nur „niedergelassenen“ AusländerInnen zugänglich. Seit dem Niederlassungs- und Aufenthaltsgesetz aus dem Jahr 2005 gelten Asylsuchende nicht als „niedergelassen“. Auch wenn sie, wie viele, jahrelang in diesem Land leben.

Saisonarbeit in Zell am See

Im Jahr 2007 konnte Elina schließlich doch eine legale Beschäftigung in der Saisonarbeit finden. In einem Hotel in Zell am See erhielt sie einen 40-Stunden-Job als Stubenmädchen für 1150 Euro netto. „Sehr harte Arbeit“, sagt Elina, die glaubt, dass „eine Österreicherin diese Stelle nicht angenommen hätte.“ Das Beschäftigungsverhältnis bleibt dennoch stets prekär, hebt Margit Ammer hervor. Denn: „Länger als 12 Monate innerhalb von 14 dürfen Saisoniers laut Ausländerbeschäftigungsgesetz nicht beschäftigt sein. Dann muss ein neuer Antrag gestellt werden.“ So war es auch bei Elina: In der Sommersaison 2007 konnte sie noch ein Monat lang arbeiten, ein dritter Antrag für die Wintersaison 2008 wurde abgelehnt. Erst 2010 wurde ihr Antrag wieder positiv beschieden. Diesmal in einem Restaurant in

Arbeitsverbot und die Ungewissheit des Asylverfahrens bringen psychische Belastungen.





Elina hatte Glück. Sie wurde von einer Familie unterstützt. Andere bleiben auf sich gestellt.

Zell am See. Auch wenn diese auf Monate angelegten Jobs legal und Kost sowie Logis gratis waren, sind die Benachteiligungen durch die rechtlich erzwungenen Unterbrechungen doch enorm. „Saisonniers haben es eindeutig schwerer, die Voraussetzungen für einen Anspruch auf Arbeitslosengeld zu erfüllen“, so Ammer.

Grundversorgung als Problem

In der Grundversorgung war Elina nie. Hätte sie diese erhalten, wäre ihr legaler Verdienst vom Grundversorgungsgeld abgezogen worden. Auch wenn die Grundversorgung selbst so niedrig ist, dass es Österreich bereits Kritik durch den Delegierten des UN-Sozialpakts eingebracht hat. Für einen Erwachsenen ist ein Verpflegungsgeld von 150 Euro und ein Taschengeld von 40 Euro pro Monat vorgesehen. Wird eine bestimmte Grenze überschritten, geht der Anspruch auf Grundversorgung – und damit auf Krankenversicherung – überhaupt verloren. Dann kommt es für diese Leute mit ihren absoluten Niedrigstverdiensten sogar zu Rückzahlungsforderungen, wie Claire Stephan erzählt.

Gemeinnützige Tätigkeit

Neben der Ernte- und Saisonarbeit lässt der Staat eine weitere legale Beschäftigung – auch während des Zulassungsverfahrens – zu: eine Tätigkeit im gemeinnützigen Bereich. Die Arbeitgeber heißen dann Forstamt, Bauamt,

Gartenamt. Zunehmend auch Altersheim und Schule. Die Remuneration darf dabei in der Regel 100 Euro im Monat nicht übersteigen, wobei es auch hier im kleinen Österreich unterschiedliche Regelungen in den Bundesländern gibt. Der Stundenlohn, um den es hier geht, beträgt rund 3 bis 5 Euro. Christoph Nußbaumer, Betreuer im Flüchtlingsheim Innsbruck, dazu: „Der eigentliche Sinn für die Betroffenen ist die Schaffung von Tagesstruktur. Deswegen muss der Stundenlohn möglichst niedrig gehalten werden. Damit sie möglichst viele Stunden am Tag beschäftigt werden können.“

Kritik von UN und Wirtschaftskammer

Der umfassenden Arbeitsverbote für AsylwerberInnen stoßen beim UNHCR auf Kritik. Ruth Schöffl, Pressesprecherin des UNHCR in Wien, sieht ein grundlegendes Problem: „Integration beginnt mit dem Aufenthalt in Österreich, und nicht erst mit der Anerkennung als Flüchtling.“ Das UN-Flüchtlingsamt fordert deswegen gezielte Qualifikationsmaßnahmen und Deutschkurse für AsylwerberInnen ab Beginn des Verfahrens. Besonders kritisch beurteilt Schöffl auch die Regelungen für Jugendlichen: „Sie sind nach der Schule nicht zur Lehre zugelassen.“

In der österreichischen Politik ist die Frage der Arbeitserlaubnis heftig umstritten. Während der Bartenstein-Erlass bereits Gegen-

stand mehrerer dringlicher Anfragen durch die Grünen war, gab es in jüngster Zeit auch einen Vorstoß in Richtung Öffnung durch die Salzburger Landeshauptfrau Gabi Burgstaller. Widerstand kommt von ihren eigenen Parteigenossen, den SP-GewerkschafterInnen. Die Wirtschaft signalisiert aufgrund des Fachkräftemangels eine Bereitschaft zur Öffnung des Arbeitsmarktes für AsylwerberInnen, wie das zuletzt etwa der Leiter der Abteilung für Sozialpolitik der Wirtschaftskammer, Martin Gleitsmann, betonte. Falls Österreich gesetzliche Änderungen verweigert, könnte diese wie so oft von übergeordneter Stelle eingefordert werden. Schöffl: „Derzeit ist eine neue EU-Richtlinie in Arbeit. Sie soll eine Öffnung des Arbeitsmarktes für AsylwerberInnen ermöglichen.“

Integration trotz Barrieren

Elina selbst hatte Glück im Unglück. Zwar wurde ihr Asylantrag im Frühling 2011 endgültig negativ beschieden, der heute 31-Jährige wurde nach sechs Jahren Aufenthalt in Österreich aber das Bleiberecht zugesprochen. „Mir fiel ein Stein vom Herzen“, bekennt die Frau, die nun als „integriert“ gilt, weil sie sich erfolgreich gegen die Integrationsbarrieren des österreichischen Staates behauptete. Seit September hat Elina eine Anstellung als Reinigungskraft in einer großen Baufirma. Hier halfen ihr die Kontakte, um die sie sich während ihrer Zeit im Asylstatus bemühte. Eine der beiden Familien, in deren Haushalt sie half, waren ihr bei der Jobsuche behilflich. Beim Verein Ute Bock möchte sie bald ausziehen. Sie hat einen Antrag auf eine Gemeindewohnung gestellt.

* Name von der Redaktion geändert.



**MAL
MOE**

**SENSATIONSJOURNALISMUS
FÜR FORTGESCHRITTENE**

ABO-KADABRA!
www.malmoe.org/abo



Meine Versicherung

ServiceTel: (kostenlos)
0800/20 11 30
mail@oebv.com

www.oebv.com

Nachhaltige Verantwortung? Ja, ganz sicher!

Die Österreichische Beamtenversicherung wurde vor über 115 Jahren als Selbsthilfeorganisation von Beamten gegründet. Als Versicherungsverein auf Gegenseitigkeit sind uns Solidarität und soziale Verantwortung bis heute eine Selbstverständlichkeit. **ÖBV – die Versicherung von Mensch zu Mensch.**



Mit der ÖBV durchs Leben

Lehrer & Lehrer

catering event fingerfood buffet süßes



schönbrunnerstrasse 222.A
1120 wien
+43 650 900 85 00

das perfekte Ambiente für Ihr Event

VERFASSUNGSSCHUTZ

Alles unter Kontrolle?

Nicht erst das rechtsextreme Terrornetzwerk in Deutschland lässt die Frage nach dem Verfassungsschutz in Österreich laut werden. Gibt es eine rechte Schlagseite seit den Reformen unter Schwarz-Blau?

TEXT : PHILIPP SONDEREGGER

Wann es in der Causa Alpen-Donau zum Prozess kommen wird, kann Thomas Vecsey, Sprecher der Staatsanwaltschaft Wien noch nicht sagen. Klar ist: Es laufen Ermittlungsverfahren wegen nationalsozialistischer Wiederbetätigung und Verhetzung gegen Gottfried Küssel und mindestens eine weitere Person. Es gilt die Unschuldsvermutung. Zwei Jahre lang konnten die Betreiber der Neonazi-Seite, die als zentrale Propagandaplattform der rechtsextremen Szene in Österreich galt, ihr Unwesen treiben. Sie diffamierten ungehindert Juden, Andersdenkende und Schwule, veröffentlichten deren Wohnadressen. Mehr als 240 Anzeigen, die von Verhetzung bis zur gefährlichen Drohung reichten, gingen bei der Justiz ein.

Dass die Alpen-Donau.info erst spät geschlossen wurde, rechtfertigt die Staatsanwaltschaft Wien mit mangelnder Kooperation der US-amerikanischen KollegInnen. Betroffene werben das als Ausflucht. Das Argument der mangelnden Amtshilfe gelte nur für das Delikt der Wiederbetätigung, nicht aber für Verhetzung oder gefährliche Drohung; das Verfahren wurde einfach nicht energisch genug betrieben, glaubt die Israelitische Kultusgemeinde. Eine Sicht, die auch der Insider Uwe Sailer teilt. Der Linzer Polizist und Datenforensiker arbeitete für das Bundesamt für Verfas-

ungsschutz und Terrorismusbekämpfung (BVT). Er habe bereits 2009 entscheidende Hinweise geliefert und darauf aufmerksam gemacht, dass die Betreiber mittels einer Fangschaltung ohne US-Unterstützung ermittelt werden könnten. „Damals konnte ich mich allerdings des Eindrucks nicht erwehren, dass Manche im Verfassungsschutz diese Leute gar nicht wirklich dingfest machen wollen“, bedauert Sailer die zurückhaltende Reaktion auf seinen Ermittlungsansatz.

„Der politische Einfluss der FPÖ auf den Verfassungsschutz ist sehr groß geworden.“ Uwe Sailer

Ein Vorwurf, der auch vor dem Hintergrund der jüngsten Ereignisse in Deutschland rund um die „Nationalsozialistische Untergrundbewegung“ ernstzunehmend ist. Während der deutsche Verfassungsschutz nunmehr wegen Verharmlosung des organisierten Rechtsextremismus unter Druck geraten ist, scheint man in Österreich keinen Handlungsbedarf zu sehen. Im Gegenteil: In jüngsten Novellen versorgte die Politik das BVT mit neuen Befugnissen, die aber weder von Gerichten noch vom Parlament ausreichend kontrolliert werden kön-

nen. Ist Österreich tatsächlich gegen das Erstarken demokratiefeindlicher Gruppen – möglicherweise auch innerhalb der Apparate, die unsere Verfassung schützen sollen – gewappnet?

Ermittler im Schussfeld

Wie es jemanden ergehen kann, der gegen rechtsextreme Umtriebe aktiv wird, zeigt sich am Beispiel Uwe Sailer: Er geriet plötzlich selbst ins Visier von mächtigen Gegnern. Die FPÖ nahm einen E-Mail-Verkehr Sailer mit dem Grünen Abgeordneten Karl Öllinger zum Anlass, um ihn wegen Amtsmissbrauch anzuzeigen und ließ den Ermittler vor den parlamentarischen „Spitzel“-Untersuchungsausschuss zitieren.

Sailer, der aufgrund des großen politischen Drucks suspendiert und mittlerweile wieder voll rehabilitiert wurde, fühlte sich von seinen Vorgesetzten im Stich gelassen. Seine Tätigkeit für den Verfassungsschutz hat er beendet: „Der politische Einfluss der FPÖ auf den Verfassungsschutz ist leider sehr groß geworden. Ich habe den Eindruck, dass dort zum Teil Leute sitzen, die sympathisierende Kontakte zu rechtsextremem Gedankengut haben.“ Konkretisieren wollte Sailer diesen „Eindruck“ aus rechtlichen Gründen nicht. Mit Blick auf Deutschland – aber auch aus demokratiepolitischen Gründen – wäre es notwendig,



Die Versuche, Sailer mundtot zu machen, waren nur bedingt erfolgreich. Als Privatperson deckte er die Verbindung zwischen dem FP-Nationalratsabgeordneten Königshofer und der rechtsextremen Internet-Plattform alpen-donau.info auf.

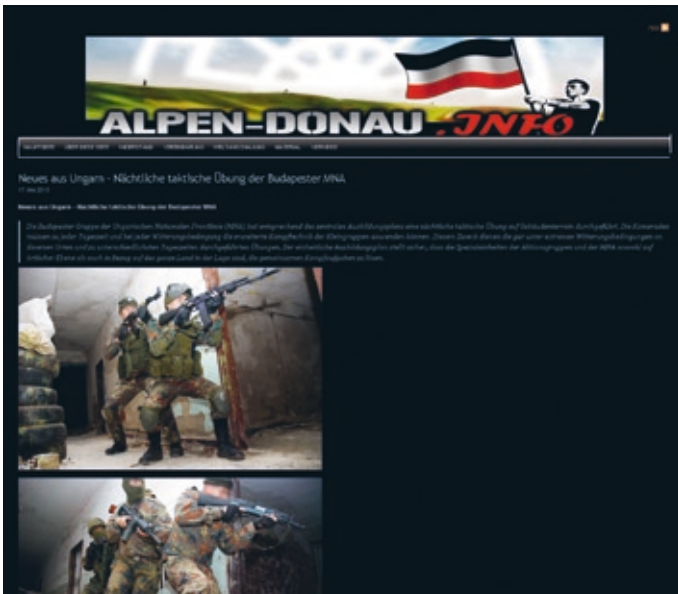
streichen“ rund 500 rassistische und verhetzende Wandbeschmierungen mit Foto und Adresse dokumentiert und beim Innenministerium angezeigt. Ein anderes Kapitel des Verfassungsschutzes war hingegen auf wundersame Weise schon zuvor ganz verschwunden: jenes über die Umtriebe deutschnationaler Burschenschaftler. Zufall oder nicht, schlagende Burschenschaften gelten als Bindeglied zwischen der extremen Rechten und der FPÖ. Jeder zweite Mandatar der Wiener Freiheitlichen ist mittlerweile korporiert. Vorfälle wie diese unterminieren die Glaubwürdigkeit des Verfassungsschutzes zweifellos. Hinzu kommt, dass auch InnenministerInnen in diesem Bereich gerne politisches Kleingeld wechseln. Die Präsentation der Verfassungsschutzberichte gerieten in den vergangenen Jahren regelrecht zur Farce. Während islamistische und linksextreme Gefahren beschworen werden, handelten die Ressortchefs den gravierenden Anstieg rechtsextremer Straftaten in Nebensätzen ab. Dabei spricht die Statistik eine deutliche Sprache. Die Anzahl der rechtsextremen Straftaten hat sich in den letzten fünf Jahren beinahe verdreifacht. (2005: 209 angezeigte Tathandlungen, 2010: 580 Tathandlungen). Linksextremen wurden letztes Jahr 211 Straftaten angelastet, religiösen Extremisten keine. Es bleiben aber auch Zweifel über die Zuverlässigkeit der Statistik. Der

dass Parlament und Medien warnenden Signalen wie diesen nachgehen. Die Versuche, Sailer mundtot zu machen, waren übrigens nur bedingt erfolgreich. Als Privatperson deckte er im heurigen Jahr mithilfe eines digital signierten Emails die Verbindung zwischen dem Nationalratsabgeordneten Werner Königshofer und der [Alpen-Donau.info](http://alpen-donau.info) auf. Monate später musste Königshofer sein Nationalratsmandat zurücklegen, er wurde zur Schadensbegrenzung aus der FPÖ ausgeschlossen.

Kein Einzelfall

Die Kritik am merkwürdig zaghaften Vorgehen des Verfassungsschutzes gegen die [Alpen-Donau.info](http://alpen-donau.info) ist indes kein Einzelfall. In jüngster Vergangenheit wurde bereits mehrfach ein fragwürdiger Umgang im Zusammenhang mit dem Rechtsextremismus moniert.

Im Jahr 2007 führte der Verfassungsschutzbericht 37 rechtsextreme „Schmier- und Klebeaktionen“ an. Seltsam, just in diesem Jahr hatten AktivistInnen der Aktion „Rassismus



Langwieriges Handeln bei rechtsextremer Website, Übereifer bei linken Tierschützern?



Wolf Szymanski, Ex-Leiter der Sektion „Recht und Fremdenwesen“, bedauert das Ziel der jüngsten Gesetzesnovelle, „Menschen, gegen die kein Verdacht besteht, zu screenen.“

Europarat forderte Österreich wiederholt auf, fremdenfeindliche und rassistische Motive von Straftaten genauer zu berücksichtigen. Wird Rechtsextremismus also unterschätzt oder sind die Verfassungsschützer auf einem Auge blind? Im vergangenen September veröffentlichte der grüne Justizsprecher Albert Steinhauser eine Liste von fünf größtenteils ungeklärten Brandanschlägen auf Unterkünfte von AsylwerberInnen. Ein Mensch starb. Im Verfassungsschutzbericht heißt es lapidar: Der Rechtsextremismus stellte im Jahr 2010 keine ernsthafte Bedrohung der inneren Sicherheit dar.

Der zumindest laxer Umgang mit rechtsextremen Gefahren dürfte nicht zuletzt mit dem Umbau des Innenministeriums durch den ehemaligen Ressortchef Ernst Strasser zu tun haben. Der ÖVP-Mann wandelte unter dem Signum wichtiger Reformen zunächst die Staatspolizei in ein Bundesamt für Verfassungsschutz und Terrorismusbekämpfung BVT um. Später folgte die Zusammenlegung von Polizei und Gendarmerie. Praktisch alle roten Führungskader der Polizei wurden entfernt. Während Innenministerium und BVT schwarz eingefärbt wurden, erhielt das große und wichtige Wiener Landesamt für Verfassungsschutz (LVT) einen blauen Anstrich.

Dieser lässt sich an den Ergebnissen der Personalvertretungswahlen ablesen: Beim letzten Urnengang erreichte die freiheitliche Ge-

werkschaft AUF im LVT Wien etwas mehr als 40 Prozent der Stimmen und stellt nun die Mehrheit und den Vorsitz. Zum Vergleich: Das sind immerhin doppelt so viele Stimmen, wie die FPÖ bei den Wiener Landtagswahlen erreichte.

Demokratiepolitische Gefahr

Warum es demokratiepolitisch gefährlich ist, dass die Freiheitlichen im Verfassungsschutz an Bedeutung gewinnen, erklärt Heribert Schiedel vom Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes (DÖW):

Innenminister Strasser baute um: Das Wiener Landesamt für Verfassungsschutz (LVT) erhielt einen blauen Anstrich.

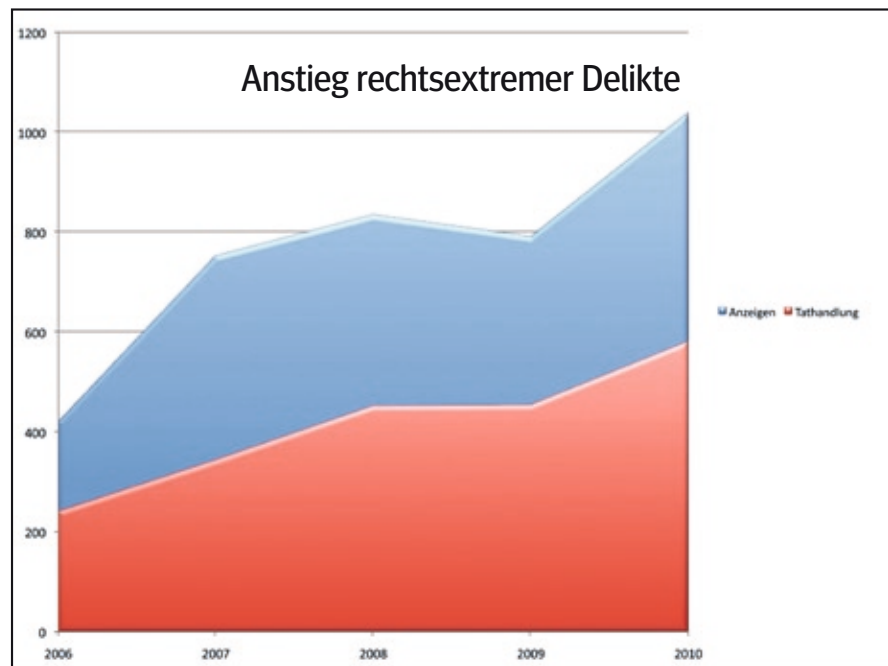
„Weil die FPÖ ihrerseits Ziel von Unterwanderungsversuchen durch Neonazis geworden ist.“ Denn die Website Alpen-Donau.info sei von Leuten betrieben worden, die sich als „ein gruppen- und parteienübergreifendes Projekt zur Stärkung und Koordination des nationalen Widerstandes verstehen.“

Dieses Projekt erstreckt sich offensichtlich bis ins Zentrum der FPÖ hinein, wie es Hinweise einer parlamentarischen Anfrage der Grünen nahe legen. Mehrere Dokumente aus dem FPÖ-Umfeld seien von der Alpen-Donau-Website abrufbar gewesen, noch bevor sie

sonst irgendwie öffentlich zugänglich waren. Jemand aus der FPÖ müsse die Papiere also den rechten Recken direkt zugespielt haben, so der Verdacht. In der parlamentarischen Anfrage wurden auch Namen genannt: Der eines mittlerweile gekündigten Mitarbeiters des Dritten Nationalratspräsidenten Martin Graf, sowie der eines engen Mitarbeiters von FPÖ-Chef Heinz-Christian Strache.

Die Anfälligkeit für politische Beeinflussung ist auch deshalb problematisch, weil der Verfassungsschutz nicht irgendeine Einrichtung ist: Diese Behörde liefert die Entscheidungsgrundlagen dafür, ob politische Gruppierungen überwacht, strafrechtlich verfolgt oder verboten werden sollen. Auch, ob sie in den Genuss demokratischer Strukturen – wie etwa der Parteien- und Presseförderung oder dem passiven Wahlrecht – kommen. Dabei ist der Verfassungsschutz zwar an Gesetze gebunden, verfügt aber über einen erheblichen Spielraum, der nur relativ schwachen Kontrollmechanismen unterliegt.

Wolf Szymanski, der damals federführende Legist im Innenministerium, erläuterte im Gespräch mit MO: „Die Staatspolizei – nunmehr der Verfassungsschutz – sollte als Geheimdienst innerhalb des allgemeinen Sicherheitsapparates bestehen. Deshalb wurde für sie auch keine eigene gesetzliche Grundlage geschaffen“. Der Gesetzgeber wollte damit den Einsatz geheimdienstlicher Überwachungsmethoden auf weltanschaulich



Deutlicher Anstieg rechtsextremer Straftaten. Laut Verfassungsschützer kein Grund zur Sorge.

oder religiös motivierte Gruppierungen beschränken, von denen erhebliche strafrechtliche Bedrohung ausgeht. Szymanski: „Der Verfassungsschutz soll die Verfassungsordnung ausschließlich strafrechtsakzessorisch, also nur vor gerichtlich strafbarem Handeln und vor nichts anderem schützen.“

Unter dem Schlagwort der erweiterten Gefahrenforschung darf die Polizei bereits ermitteln, wenn sie die Verwirklichung einer schweren Straftat lediglich für wahrscheinlich hält. Bei solchen Ermittlungen fehlt allerdings die Kontrolle durch die Strafjustiz. Diese kann naturgemäß erst dann aktiv werden, wenn jemand eine Straftat begangen hat. Die Genehmigung geheimdienstlicher Ermittlungen wie Observation oder verdeckter Ermittlung obliegen deshalb dem Rechtsschutzbeauftragten im Innenministerium, dessen Berichte von der Innenministerin dem zuständigen Unterausschuss des parlamentarischen Innenausschusses vorgelegt werden. Die Verfassungsschützer selbst waren mit dem Umfang ihrer Befugnisse unzufrieden und begehrten mehr. Ein Wunsch, den die Politik sukzessive erfüllte – auch in der letzten, aktuellen Novelle. Allerdings ohne die parlamentarische Kontrolle und die Stellung des Rechtsschutzbeauftragten dementsprechend aufzuwerten. Wolf Szymanski bedauert die Ausweitung: „Die jüngste Novellierung verfolgt offenbar das Ziel, Menschen, gegen die kein Verdacht besteht, zu screenen. Rechtsstaatliche Vorbeugung darf aber erst einsetzen, wenn strafbares Handeln des Betroffenen wahrscheinlich ist.“ Wikipedia beschreibt das BVT als „Polizeiorganisation mit geheimdienstlichem Charakter“. In der aktuellen Ausgestaltung kann man das so verstehen: Weder die gerichtliche noch die parlamentarische Kontrolle ist ausreichend gegeben.

Wie effektiv eine politische Gruppen vom Verfassungsschutz durch Repression bekämpft werden kann, lässt sich am Wiener Neustädter TierschützerInnen-Prozess erweisen. Den Beschuldigten wurde vorgeworfen, eine kriminelle Organisation zu bilden. Das ermöglichte den monatelangen Einsatz geheimdienstlicher Polizeibefugnisse, ohne den Beschuldigten konkrete Straftaten vorzuwerfen. Nach zwei Jahren

kam der Freispruch in erster Instanz – ein schwacher Trost für die AktivistInnen, die Jobs und hunderttausende Euros an Verteidigungskosten einbüßten.

Ein Blick nach Deutschland

Der Vergleich mit Deutschland zeigt, wie Schranken gegen politischen Missbrauch geheimdienstlicher Befugnisse aufgezo-gen werden können. Der Verfassungsschutz unserer Nachbarn verfügt über keinerlei polizeiliche Befugnisse, seine Aufgabe

Erweiterte Gefahrenforschung: Die Polizei darf schneller ermitteln, erweiterte Kontrolle fehlt.

beschränkt sich auf die Analyse von Bedrohungslagen nach wissenschaftlichen Standards. Sollen Verdächtige überwacht oder Häuser durchsucht werden, kommen reguläre Polizeieinheiten zum Zug.

Grundlegende Unterschiede im Selbstverständnis werden auch deutlich, wenn man den verfassungsrechtlichen Auftrag der beiden Einrichtungen vergleicht: Nach dem Zweiten Weltkrieg verpflichtete man sich in Deutschland zur wehrhaften Demokratie. Hitlers zunächst legale Machtergreifung saß den Deutschen noch tief in den Kno-

chen. Dementsprechend nennt das deutsche Grundgesetz den Schutz von Demokratie und Sozialstaat als dezidierte Staatsziele. Der Verfassungsschutz wurde nicht nur mit der Aufgabe betraut, Einrichtungen von Bund und Ländern vor politischer Kriminalität zu schützen, sondern erhielt auch ausdrücklich den Auftrag, „die freiheitlich-demokratische Grundordnung“ an sich zu verteidigen. Österreich beauftragt den Verfassungsschutz lediglich mit dem Schutz der „Handlungsfähigkeit staatlicher Organe“. Werte, die es zu verteidigen gilt, wurden gemäß dem Charakter einer „Spielregel-Verfassung“ nicht dezidiert festgelegt. Falls demokratiefeindliche Kräfte, die legale Parteien unterwandern, dabei aber nicht gegen Strafrecht verstoßen und durch Wahlen an die Macht kommen, geraten sie also nicht ins Visier des österreichischen Verfassungsschutzes. Dass in Zeiten der Finanzkrise autoritäre Strömungen bis in die Regierung vorstoßen können und sich dort munter an den Umbau des Staates machen, ist kein gänzlich absurdes Szenario mehr, wie sich aktuell an unserem Nachbarland Ungarn zeigt. Die Bindung des polizeilichen Verfassungsschutzes an das Strafrecht hat gute, rechtsstaatliche Gründe – um ein ungarisches Szenario abzuwenden, bräuchte es freilich ein über Polizeiarbeit hinausgehendes Verständnis von Demokratie- und Verfassungsschutz.



MO-KOLPORTEURINNEN

„Das ist alles besser als zuhause“

Das Magazin, das Sie gerade in Händen halten, wird auch als Straßenzeitung von Kolporteurinnen verkauft. Die meisten von ihnen sind Roma aus unseren Nachbarländern. Wir haben sie durch Wien begleitet.

TEXT: MARIA BACHINGER FOTOS: KARIN WASNER



sen hätten. Ein Gast erbarmt sich und holt schließlich seufzend seine Geldtasche hervor. „Ich hätte wirklich gerne eine Handlungsanleitung, ob ich diesen Menschen Geld geben soll oder nicht. Man hört ja immer von Mafia und so“, sagt er.

Der Naschmarkt, wo die Stände vor Obst und Gemüse nahezu überquellen, ist ebenfalls ein beliebtes Gebiet der KolporteurInnen von Straßenzeitungen wie Augustin und MO. Seit die Restaurantmeile immer länger wurde, sitzen viele Menschen an den Tischen, drinnen und draußen, im Sommer wie im Winter. Im „Tewa“, das übersetzt aus dem Hebräischen „Natur“ heißt, ist mittags Urlaubsstimmung angesagt: Aus den Boxen dringt fröhliche, lateinamerikanische Musik und dank kuscheliger Decken sowie

Straßenzeitungen: Die Möglichkeit, ein paar Euro zu verdienen.

Heizstrahler sitzt man auch im November im Warmen. Das Essen ist aus biologischer Landwirtschaft, und trinkt man Kaffee, unterstützt man damit ein Straßenkinderprojekt in Rio. Eine fülligere, ältere Frau nähert sich den Tischen. Sie trägt abgetragene Kleidung, auf dem Rücken hat sie einen lilafarbenen, ebenso abgewetzten Rucksack. Mit ausgestreckter Hand bittet sie um Geld. Jedes Mal wenn ihr dieser Wunsch von einem Gast abgeschlagen wird, verzieht sie das faltige Gesicht und jammert. Die Gäste versuchen sie zu ignorieren, senken ihren Blick wieder in die Zeitung, rühren unschlüssig im Cappuccino und bemühen sich, den Gesprächsfaden wieder aufzunehmen. Für Arme, die weit weg sind, trinkt man gerne Kaffee. Arme, die uns zu nahe kommen und so fordernd sind, sind uns unangenehm. Wenige Minuten später kommt ein Kolporteur. Beschwingt geht er von Tisch zu Tisch und bietet die Zeitung an. Niemand will sie haben. Doch er akzeptiert ein Nein und hält sich nicht lange auf. Eine Geschäftsführerin eines Lokals, die nicht namentlich genannt werden möchte, beobachtet in letzter Zeit eine Zunahme an Zeitungsverkäufern. „Sie

bleiben an den Tischen stehen, gehen nicht weiter und fassen die Gäste auch an. Es ist ein Störfaktor für uns und unsere Gäste, die hier ungestört essen und ihren Kaffee trinken wollen. Manche sehen ja auch nicht so gut aus, riechen nicht so gut, das ist unangenehm.“ Für sie kommt es auf die Haltung an, wie jemand eine Zeitung verkauft. „Viele Verkäufer wissen oft nicht, was das für eine Zeitung ist, was da drinnen steht. Man merkt, dass sie nur Geld und nicht die Zeitung verkaufen wollen.“ Ein Kellner in einem anderem Lokal meint: „Wenn Sie wissen wollen, wie das einer sieht, der hier jeden Tag arbeitet, dann sag ich Ihnen: Es ist sehr schlimm. Besonders am Samstag. Sie kapierten es einfach nicht. Wenn Sie nur um Geld fragen, ist das okay, aber sie lassen sich nicht abwimmeln. Einige wenige schwarze Schafe machen alles kaputt für die Zeitungsverkäufer.“

Vertrieb selbst organisiert

Das MO-Magazin teilte sich bis vor zwei Jahren die Kolportage mit der Publikation „Global Player“ von Menschenrechtsaktivist Ditutu Bukasa. Dann entschied sich der Verein, den Vertrieb selbst zu organisieren und die KolporteurInnen selbst einzuschulen. In den Schulungen in der jeweiligen Muttersprache der VerkäuferInnen wird ihnen vermittelt, unbedingt bestimmte Regeln einzuhalten, wie zum Beispiel den Verkäuferausweis sichtbar zu tragen. Damit die Ausgaben der Zeitung nicht leichtfertig weitergegeben werden, stempelt Seidl jedes Exemplar mit der jeweiligen Ausweisnummer der VerkäuferInnen ab. Sie werden angehalten, ein Nein von KundInnen zu akzeptieren und die Menschen nicht weiter zu belästigen. Seit verganginem Winter kommen vor allem Roma aus Rumänien, vorher waren mehr slowakische Roma in Wien. Zum Kolportageprojekt finden sie über Mundpropaganda, meistens sind es ganze Familienclans oder weitläufig Verwandte aus derselben Gegend. Die Mehrheit stammt aus einer Subgruppe der Roma, den Rudari, die allesamt nicht mehr Romanesk sprechen, sondern Rumänisch. Seit das ältere Straßenzeitungsprojekt „Augustin“ einen Aufnahmestopp verhängt hat, kommen pro Woche fünf bis zehn Roma und ersu-

Das Lokal „Kantine“ im Wiener Museumsquartier ist zur Mittagszeit gerammelt voll. Ein Rom macht mit einer Straßenzeitung, die nicht mehr ganz taufrisch aussieht, die Runde. Er ist nicht erfolgreich: mitleidiges Kopfschütteln, ein Nein da, ein Nein dort oder schlichtes Ignorieren. Doch der junge Mann bleibt hartnäckig: Er hält die Hand hin und sagt „Einen Euro, bitte.“ Vergebens. Dann erzählt er mit traurigem Gesichtsausdruck von seinen Kindern, die zuhause in Rumänien nichts zu es-



Isabel T., Vater zweier Kinder; rechts: Kiresica M.: Mit dem Geld, das sie durch den MO-Verkauf verdienen, kommen sie in Rumänien besser über die Runden.

chen um einen Ausweis, erzählt Seidl. Der Verkauf der Zeitungen ist zu einer wichtigen Einnahmequelle für sie geworden, vor allem nachdem 2008 in Wien das „aggressive und organisierte Betteln“ verboten wurde. „Wir könnten Hunderte anstellen! Und alle haben mehrere Kinder und brauchen dringend Geld. Es ist ein Fass ohne Boden“, so Seidl. Derzeit sind 286 Ausweise ausgegeben, wirklich aktiv sind etwa 150 KolporteurInnen. Rund 10.000 Exemplare von MO, das alle drei Monate erscheint, werden auf der Straße verkauft. „Man sollte als Käufer den Ausweis verlangen und die Zeitung nur bei Leuten kaufen, die einen Ausweis haben. Beschwerden sollte man direkt an uns richten“, rät Seidl. Einzelne Wirte und auch die Stadt Wien hätten sich bei SOS-Mitmensch über aufdringliche BettlerInnen beschwert. „Aber die meisten, die uns angerufen haben,

wollten mit uns eine Lösung suchen. Es geht natürlich nicht, dass im Zwei-Minuten-Takt VerkäuferInnen bei den Tischen vorbeikommen. Dann wird eine gewisse Toleranzgrenze überschritten“, räumt Seidl ein.

Auch beim Projekt „Augustin“, wo derzeit 550 VerkäuferInnen registriert sind, versucht man

Pendeln zwischen Rumänien und Österreich für einen Zuverdienst.

mittels Schulungen der Lage Herr zu werden. Auch hier kennt man das Problem mit inoffiziellen VerkäuferInnen, die den „Augustin“ nicht wirklich aus der Hand geben wollen, sondern mit seiner Hilfe um Geld bitten. „Ja, wir kriegen einen Haufen Beschwerden und wir sind darüber auch nicht glücklich, denn

das bedroht das Projekt insgesamt. Aber es ist schwierig, etwas dagegen zu tun. Ohne Ausweis dürfen sie nicht verkaufen, aber das alles zu kontrollieren, würde den Rahmen sprengen. Wir informieren die Kunden, dass Augustin-Verkäufer einen Ausweis tragen, aber wir wollen sie auch nicht bevormunden und uns von den Durchsagen der Wiener Linien unterscheiden“, so Andreas Hennefeld vom Projekt „Augustin“. Die Wiener Verkehrsbetriebe fordern in der Vorweihnachtszeit die Fahrgäste auf, BettlerInnen kein Geld zu geben, sondern für NGOs zu spenden. Mit KolporteurInnen von Augustin und MO, die einen Ausweis tragen und folglich „die Regeln kennen“, gebe es „so gut wie nie Probleme“, betont Answer Lang, Sprecher der Wiener Linien. Zeitungsverkäufer, BettlerInnen – die Grenzen sind verwischt. Äußerungen von Politikern und teilweise die mediale Berichter-



Marin A.; rechts: Constantin M., Ehemann von Kiresica M.: Sie alle gehören zu den besten KolporteurInnen der Welt.

stattung dienen eher der Pauschalisierung als der Klärung. Im September 2011 geisterte beispielsweise durch die Medien, dass gefälschte Ausgaben des „Augustin“ in Ebreichsdorf aufgetaucht seien. Fünf Verkäufer hätten sie in der Slowakei gedruckt und vor einem Supermarkt verkauft. Davon, dass das Verfahren bei der Staatsanwaltschaft sowie die polizeilichen Ermittlungen eingestellt wurden, hörte man allerdings nichts mehr. „Diese angeblichen Fälschungen sind für uns ein Mysterium. Wir haben bis jetzt keine einzige Ausgabe davon zu Gesicht bekommen. Deshalb haben wir bisher auch von rechtlichen Schritten abgesehen“, berichtet Hennefeld.

„Zehn Geschwister, wir brauchen das Geld“ Am Naschmarkt zieht Marin Adrian mit ein paar MO-Exemplaren seine Runden. Wie erfolgreich er heute schon war? Er holt seine Geldtasche hervor: Sie ist noch gähnend leer.

„Nichts habe ich bisher verkauft“, sagt er ein wenig resignierend. Der 25-jährige Rumäne ist erst vor zwei Tagen wieder nach Wien gekommen. Wie die meisten Verkäufer pendelt er zwischen Österreich und Rumänien, seit zwei Jahren. Er kommt aus Valea Mănăstirii, übersetzt „Tal des Klosters“. Durch das Dorf mit rund 170 Einwohnern schlängte sich ein Fluss, das Tal sei eng und schön grün, sagt er. „Aber es gibt dort keine Arbeit. Zuhause habe ich zehn Geschwister. Papa ist im Spital. Wir brauchen das Geld, das ich hier verdiene“. Er hat weder die 70 Euro für die Fahrt nach Österreich beisammen, geschweige denn die 100 Euro Miete für sein Schlaf-lager in Wien-Floridsdorf. Zu viert leben sie in einer Einzimmer-Wohnung, was „gut ist, auch wenn wir kein Warmwasser haben. Aber andere müssen mit 20 anderen in einer Kleinwohnung leben.“ Pro Monat kann

er etwa 100 Euro nach Hause schicken. Mehr als 300 Euro mit Zeitungen zum Stückpreis von zwei Euro verdienen zu müssen, kann schon ordentlich Druck verursachen. Ihm fehle oft der Nerv zu den Leuten dann noch freundlich und zurückhaltend zu sein. „Derzeit verkaufe ich etwa zehn Exemplare pro Tag, und ich arbeite von neun Uhr früh bis elf Uhr abends. Es ist in den letzten Jahren schlechter geworden. Früher habe ich 20 Zeitungen verkauft, oft hätte ich mehr Ausgaben verkaufen können als ich dabei hatte.“

Für Bettina Schörgenhofer, Leiterin der Abteilung „Hilfe in Not“ der Caritas Wien sind dieser finanzielle Druck und auch die Diskrepanz zwischen vollen Teller und leeren Magen Gründe für die mitunter hartnäckige Art der KolporteurInnen. „Es geht hier um ein Bedürfnis nach Geld, nach Essen und sie suchen Abnehmer für ihre Zeitung. Dabei hat der



Viele trinken Soli-Kaffee für Arme anderswo, direkt mit Armut konfrontiert wird aber nicht jede/r gerne.

Verkäufer eben seine Strategien. Man kann es ihm nicht verübeln, dass er auch Druck ausübt. Ein Autoverkäufer hat auch seine Strategien, die nicht angenehm sein können. Selber sitzt man beim Essen und der Bettler hat womöglich heute noch nichts gegessen“, erklärt sie.

An die Großstadt hat sich Marin Adrian noch nicht gewöhnt: Er weiß nicht, wie der Bezirk heißt, wo er unterwegs ist, sondern sagt: „Über diesen Berg gehe ich jeden Tag“, und meint die Gegend rund um den Naschmarkt und „oben“ die Mariahilferstraße. „Ich gehe aber auch dorthin, wo die Pferdekutscher sind.“ Adrian hat nur die Grundschule besucht, dann musste er Geld verdienen. „Parkettleger, Anstreicher, das würde ich gerne machen. Ich wäre auch lieber Chauffeur, aber ich habe keinen Führerschein.“ Im 6. Bezirk ist heute auch Isabel Tinca, 24, unterwegs. Der Vater von zwei kleinen Kindern (eineinhalb und zweieinhalb Jahre alt) kommt aus dem Dorf Pitesti, etwa 120 Kilometer von Bukarest entfernt. An seiner schwarzen Kunstlederjacke hat er neben dem Kolporteurausweis

einen Sticker des Bildungsvolksbegehrens angeheftet. „Putzen würde ich gerne, Fenster putzen oder die Straßen kehren. Oder Regalbetreuer im Supermarkt. Ich habe in einer Küche gefragt, ob ich arbeiten kann, aber der Chef hat gemeint, ich soll zum Magistrat gehen und einen Gewerbeschein beantragen, dann könne ich bei ihm arbeiten.“ In Rumänien habe er auf Baustellen geschuftet, doch in Österreich verdiene er mit dem Zeitungsverkauf mehr. „Ich fahre nach einem Monat mit etwa 200 Euro zurück und kann den Kindern Essen und Kleidung kaufen.“ Mit 14 anderen Roma lebt Tinca in einer Wohnung in Wien-Brigittenau. „Wir sind geschlichtet wie die Sardinen. Weil wir keine Dusche haben, gehen wir in ein Bad der Stadt um zwei Euro duschen“, erzählt Tinca. Sein Vermieter verdient mehr als 1.500 Euro pro Monat, da jeder pro Matratze etwa 100 Euro zu zahlen hätte. Fühlt er sich da nicht ausgebeutet? Er zuckt mit den Achseln. „Wenn es solche Vermieter nicht gebe, müssten wir unter der Brücke schlafen. Wir können keine Kautions- und keine Provision zahlen. Wer gibt uns einen

Mietvertrag, wenn wir hier weder gemeldet sind noch arbeiten?“

„Balsam auf Polizeiseele“

Gerald Tatzgern würde sich diesem Phänomen gerne mehr widmen, doch auf seinem Schreibtisch türmen sich auch Unterlagen zu Zwangsprostitution und Schlepperei. Der Leiter der Zentralstelle zur Bekämpfung der Schlepperkriminalität und des Menschenhandels im Innenministerium weiß von einigen Wohnungen, wo dutzende Roma unter menschenunwürdigen Bedingungen hausen würden. Doch: „Uns fehlen schlichtweg die Ressourcen, um solchen Ausbeutungsformen intensiv nachzugehen. Zudem tangiert das ja auch Grundrechte: Wir können nicht einfach in jede Wohnung gehen. Keines dieser Opfer freut sich, wenn die Polizei kommt, denn wir schneiden ihnen ihre – wenn auch geringe – Einkommensquelle ab. Sie fühlen sich oftmals auch nicht ausgebeutet.“ Der Beamte wehrt sich aber gegen Aussagen zum Beispiel von Seiten der „Bettellobby Wien“, er würde stets von einer

„Bettelmafia“ reden, wo es doch keine gebe. Am 23. Dezember 2010 sind laut einem Bericht der rumänischen Zeitung „Adevarul“ das Ehepaar Mircea und Virginia Eftimoiu vor einem Gericht in Bukarest zu mehrjährigen Haftstrafen wegen Menschenhandels und Ausbeutung u.a. von behinderten Bettlern in Wien verurteilt worden. „Das war Balsam auf meine kriminalpolizeiliche Seele. Diesem Urteil gingen unsere monatelangen Ermittlungen voraus.“

Als Antwort auf die Frage, ob sich richtige Mafiosi nicht lieber Waffen und Drogen widmen als der Bettelei, rechnet der Polizist vor: „Wenn ein Bettler pro Tag 50 Euro erbettelt und ich habe 20 Bettler unter mir, die sieben Tage in der Woche betteln, dann sind das 7.000 Euro, im Monat 28.000 Euro. Mit einem Waffendeal steigt man besser aus, keine Frage, aber wenig ist das nicht.“ Selbst wenn es so zutrifft, führt die wiederholte Verwendung von „Bettelmafia“ im öffentlichen Diskurs zu Pauschalisierung. Bettina Schörgenhofer glaubt sehr wohl an Ausbeutung innerhalb der patriarchalen Familienstrukturen, doch das alles „Mafia“ zu nennen, findet sie übertrieben: „Es ist wohl so, dass die schwächsten Mitglieder eines Clans ausgenutzt werden. Natürlich gibt es Wohnungen, wo 30, 40 Leute schlafen. Doch eine Mafia wie in Italien? Das glaube ich nicht. Diese Menschen kommen aus bitterarmen Dörfern. Wenn man das mal mit eigenen Augen gesehen hat, ist es verständlich, dass sich die Menschen organisieren und zu uns zum Betteln kommen. Ganze Familien leben davon.“ Die Caritas-Bereichsleiterin sieht die Probleme jedenfalls nicht durch Bettelverbote gelöst, sondern nur indem den Menschen geholfen wird, konkret ihre Lebenssituation zu ändern. Auch um Ausbeutung in Kleinstwohnungen zu vermindern, hat die Caritas die 2. Gruft eröffnet: Dort wird vor allem Osteuropäern Unterkunft gewährt.



Im Gespräch mit Constantin und Kiresica M.: Wie geht es ihnen mit den WienerInnen?

Spenden oder nicht spenden?

Als EU-Bürger können sich Roma in Österreich drei Monate lang frei und legal bewegen, dann müssen sie wieder ausreisen. Sie erhalten bis 2013 keine Arbeitserlaubnis, weil für Bulgarien und Rumänien eine Übergangsfrist gilt. Die zehn Millionen Roma, die in Europa leben, gehören zu den Ärmsten der Armen: Die UNEP schätzt, dass 44 Prozent der Roma-Haushalte in Armut leben, 15 Prozent in extremer Armut. Die Arbeitslosenquote beträgt bis zu 90 Prozent. Sie leben meist in abbruchreifen Häusern, mitunter ohne sanitäre Anlagen. Zwei Drittel schaffen keinen Schulabschluss, jeder vierte Roma kann weder lesen noch schreiben. Dass diese

Armut in den chicen Wiener Cafés auftaucht, kommt bei der Jeunesse dorée nicht gut an. Und Arme sollen, wenn sie schon da sind, unauffällig sein und nicht aggressiv. „Warum schreckt uns diese Armut und das Betteln so? Was stört uns daran? Warum ist das so oft in den Schlagzeilen?“, fragt sich Schörgenhofer. „Wir haben irgendwie verlernt, der Armut ins Gesicht zu schauen. Wir können uns unheimlich darüber aufregen, dass Leute mit Zeitungen betteln oder auf der Straße sitzen. Man hat wohl auch ein schlechtes Gewissen und reagiert vielleicht deshalb aggressiv. Es erfreut sich ja niemand daran, dass jemand so arm ist und betteln muss. Es ist aber das

Einfachste, dieses unangenehme Gefühl den Armen anzulasten“, meint sie. Ansagen, besser für NGOs zu spenden als einzelnen BettlerInnen Geld zuzustecken, lehnt sie ab: „Ich denke, es kann nicht um ein Entweder-Oder gehen, sondern um ein Sowohl-Als-auch. Das sind zutiefst persönliche Entscheidungen, die man niemandem abnehmen kann. Es ist beides legitim, dem Bettler was zu geben oder einfach weiterzugehen, weil es im Moment nicht passt. Bei Spenden an NGOs geht es ja um strukturelle Hilfe, um die Finanzierung von Projekten zur Armutsvermeidung. Wir sollten nicht die Armen bestrafen, sondern die Armut abschaffen.“

NEUES VON DER BOCK

Von ihr kann man alles haben, nur kein Nein. Die Flüchtlingshelferin Ute Bock ist im wahrsten Sinn grenzenlos. Ihre Sozialarbeit: der ganz normale Wahnsinn. Alltag in Wien.

KORRESPONDENT: GUNNAR LANDSGESELL, FOTO: LEA FRIESSNER



BEGEGNUNG DER DRITTEN ART

Mir liefert die Wiener Tafel ja auch immer allerhand zum Essen. Das steht gleich da im Nebenraum und meine Leute nehmen sich was davon. Letztens sitz' ich in meinem Büro und hör', wie im Nebenraum jemand herum graschpelt. Schau ich nach, ist es eine Frau, die sich ein Einkaufswagerl hingestellt hat, immer wieder in den Raum herein kommt und das Zeug in das Wagerl trägt. Sag' ich: „Was machen's denn da?“ Sagt sie: „Ich hab' sieben Kinder ...“ Sag ich ihr, also gut, jetzt haben Sie sich das Wagerl eh schon voll gepackt, aber jetzt auf Wiederschaun. Geht eine alte Frau mit so einem Gehwagerl vorbei und sagt: „Ham's ah scho gnua von die Ausländer?“ Sag ich, na ja, es gibt halt überall solche und solche. Und dann frag ich sie: „Wollen's ein paar Äpfel haben?“ Sagt sie: „Ja, ja.“ Na, dann hab ich ihr einen Sack Äpfel gegeben. (Frau Bock lacht herzlich.)

HÄRTEFÄLLE I

Da gibt's einen Mann aus der Ukraine. Der ist querschnittsgelähmt und sitzt im Rollstuhl. Das Lager in Traiskirchen ist schon schwierig für ihn, weil es da kaum Rampen und Aufzüge gibt. Sein Sohn ist auch in Österreich und hat Schilddrüsenkrebs, er wird im Wilhelminenspital behandelt. Der Vater sollte inzwischen in ein Heim in der Steiermark gebracht werden, das am Berg liegt, mit Schotterwegen und ohne Aufzüge aber völlig ungeeignet ist. Ein Bekannter von ihm hat ihm das erzählt,

und seitdem weigert er sich, da hinzugehen. Die in Traiskirchen haben ihn dann einfach auf die Straße geschickt. Sein Sohn bekommt im Wilhelminenspital die Chemotherapie, da muss er bei jeder Behandlung immer drei bis vier Tage dableiben. Den Leuten dort hat der Vater so leid getan, dass sie ihn beim letzten Mal einfach mit aufgenommen und versorgt haben. Also, sowas gibt es auch. Ich find' es schön, wenn Menschen im Krankenhaus über ihren Schatten springen und das zulassen. Die beiden genießen hier subsidiären Schutz. Sie werden nicht abgeschoben, weil ihre Krankheiten in der Ukraine nicht ausreichend behandelt werden können. Aber jetzt ist dem Sohn nachts am Schwedenplatz von einem Betrunkenen eine Flasche über den Kopf geschlagen worden. Er hat einen Lungenstich bekommen und musste auf der Intensivstation behandelt werden. Ich habe erst in der Zeitung davon gelesen und gemerkt, dass er einer von meinen ist. Da ist er gerade auf dem Weg der Gesundung vom Krebs und dann das. Er hat es überlebt, aber wie sagt man so schön, manche haben eben einfach ein schlechtes Blatt'l erwischt.

HÄRTEFÄLLE II

Finanziell ist es immer zu wenig. Es ist schrecklich. Es kommen ja auch immer mehr Leute zu mir, die Hilfe brauchen. Auch wenn sämtliche Innenminister immer behauptet haben, es sind alle Leute in der Grundversorgung, dann stimmt das doch nicht. Die

ehemalige Innenministerin Fekter hat mir erklärt: Alle sind in Grundversorgung. Hab' ich ihr entgegnet: Bis auf die 1.500, die bei mir gemeldet sind. Ich fürchte, sie hat das aber für einen Witz gehalten. Mit dem Fonds Soziales Wien bin ich ohnehin dauernd in Kontakt, da gibt es auch Leute, die mich unterstützen. Aber ... Wir hatten einen Kranken hier, der hatte einen neuerlichen Asylantrag gestellt, der ist von Steinhof entlassen worden. Ich hab ihn gefragt, wo er letzte Nacht geschlafen hat. Das hat er nicht gewusst, der war total durcheinander... Also so jemand braucht nicht nur eine Krankenversicherung, sondern eine organisierte Unterkunft. Ich hab dann nachgefragt, wie es mit einer dringend nötigen Unterstützung von diesem Mann aussieht. Sagen man mir, Naja, wer sagt denn, ob der Mann zugelassen wird. Tatsächlich war der Mann schon länger als ein halbes Jahr in Österreich, das Verfahren findet deshalb auch hier statt. Ich wollte dem Mann helfen. Ich dachte mir, er soll nach Traiskirchen gehen, mit seiner ganzen Krankengeschichte, vielleicht erhält er einen humanitären Aufenthalt. Auf meine Frage, wo er bis dahin schlafen soll, wollte man ihn aber nicht aufnehmen. Ich habe ihn aber auch nicht in eine Wohngemeinschaft stecken können, der Mann war ja geistig krank. Wenn der einen psychischen Anfall kriegt, kann es in der WG ja zu Gewalt kommen. Also bleibt der Mann auf der Straße? Was bezweckt man damit? Oder ist es wieder allen egal?

POPULÄRKULTUR

BUCH



Bloodlands

Mit dem Begriff „Bloodlands“ beschreibt Timothy Snyder jenes Territorium in Osteuropa, auf dem sich die Herrschaft zweier totalitärer Regime, der Stalinschen Sowjetunion und des Dritten Reiches, überschneidet. Auf diesem Gebiet fand in einer Art Komplizenschaft ein Massenerschießung an 14 Millionen Menschen statt, die von beiden Seiten aus unterschiedlichsten Gründen zu Gegnern erklärt wurden. Die Tötungsart dieser zivilen Opfer bestand im vorsätzlichen Aushungern und in Erschießungen. Es handelt sich dabei fast ausschließlich um Frauen, Kinder und Alte und eben nicht um Kriegsangehörige, wie Snyder betont. Stalin ließ etwa in der Ukraine mehr als 3 Millionen Menschen systematisch verhungern. Die Nazis führten Massenerschießungen durch, als der Kriegsverlauf sich gegen sie wendete und ihnen klar wurde, dass sie mit Deportationen die „Endlösung“ nicht mehr umsetzen konnten. Dass das historische Kapitel, das Snyder als Bloodlands zusammenfasst, wissenschaftlich kaum aufgearbeitet wurde, dürfte nur eine Motivation

für den Autor gewesen sein, diese historische Periode von 1932 bis 1945 systematisch zu erforschen. Bloodlands liest sich aber auch wie der Versuch, diese „vergessenen Toten“ zu rehabilitieren, indem Snyder sie gewissermaßen aus dem Schatten von Auschwitz holt, um ihnen über seinen territorialen Ansatz einen eigenen Ort in der Erinnerungskultur zu ermöglichen. Dass Snyder dabei das Risiko einer Relativierung des Holocaust eingeht, war dem Geschichtswissenschaftler an der Universität Yale sicherlich bewusst. Penibel grenzt er Begrifflichkeiten ab, präzisiert seine Gedanken und Forschungsansätze. Manchmal wird einem als Leser dabei dennoch mulmig. Etwa wenn Snyder die Toten von sowjetischen und NS-Konzentrationslagern addiert und aus diesen die Toten der NS-Vernichtungslager, der „Todesfabriken“, wie Snyder sie benennt, herausrechnet. Er tut das allerdings nicht, um Vergleiche der politischen Systeme anzustellen oder die Opfer des Nationalsozialismus durch jene des Stalinismus aufzurechnen, sondern um die Auswirkungen auf die Bevölkerung des von ihm beschriebenen Territoriums zu beschreiben und zu dimensionieren. Ein intelligentes, kritisches, auch kritisch zu lesendes Buch, das eine Lücke schließen möchte, indem es den Holocaust als einen Teil der NS-Vernichtungspolitik begreift. Snyder verzichtet dabei auf spekulative Elemente, Bloodlands eignet sich deshalb wahrscheinlich auch nicht, um die Historikerdebatte wieder aufzugreifen. gun

Thomas Pogge
Weltarmut und Menschenrechte
Kosmopolitische Verantwortung
und Reformen
Gruyter Verlag, Neuauflage
29,95 Euro



Foto: Gunnar Landsgesell

LISTEN
2 X 5*

Alex P., 22, ist Kolporteur von MO – Magazin für Menschenrechte.

5 Dinge, die ich in meinem Leben erreichen möchte:

- 1 Ein Haus zu bauen.
- 2 Dass ich, meine Familie, meine vierjährige Tochter gesund bleiben
- 3 Dass ich zu Hause in Rumänien Polizist werde, die nötigen Kurse habe ich absolviert.
- 4 Dass meiner Tochter einmal eine gute Ausbildung möglich wird.
- 5 Ich weiß, dass ich nicht alles verwirklichen kann, wovon ich träume. Aber ich lasse mich von Gott leiten.

5 Dinge, die sich ändern sollten:

- 1 Dass die Menschen nicht mehr so schlecht sind, dass sie aufhören zu stehlen, im Großen wie im Kleinen..
- 2 Dass niemand mit Angst auf die Straße gehen muss.
- 3 Die Leute sollen mehr in die Kirche gehen.
- 4 Von ÖsterreicherInnen nicht mehr zu hören, geh zurück, verschwinde.
- 5 Dass Korruption bei Polizei und Politik in Rumänien eingedämmt wird. Polizisten in Österreich sind freundlicher.

Und sonst?

Möchte ich in zehn Jahren ein schönes Leben und viel Geld.

* Anm.: Hier vertretene Meinungen geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.

POPULÄRKULTUR

BUCH



Ende des Gehorsams

Stéphane Hessel griff in Frankreich zur spitzen Feder, Anneliese Rohrer in Österreich: In ihrem Essay „Ende des Gehorsams“ ruft die profilierte Journalistin zu einem Ende des (oftmals vorausseilenden) Gehorsams auf – und zwar merkbar empört über die österreichischen Verhältnisse. Nach der Lektüre des Buches ist man ebenfalls empört, zum Beispiel darüber, wie regelmäßig Politiker die österreichische Verfassung mit Füßen treten, wie viele Möglichkeiten zur politischen Einmischung für BürgerInnen vorhanden wären, doch keiner kennt sie. Und man ist verwundert über die Ruhe im Land, die vor allem durch Gleichgültigkeit, Resignation, aber auch im Obrigkeitsdenken begründet ist. Rohrer ruft folglich auch zu mehr Mut auf, denn politisches Engagement koste schließlich in Österreich nicht das Leben, sondern vielleicht nur einen Karriereknick. Ausreden wie „Das kann man nicht ändern“ oder „Ich will damit nichts zu tun haben“, lässt sie

nicht gelten. Mehr Mut sollten aber nicht nur jede/r BürgerIn an den Tag legen, sondern beispielsweise auch pragmatisierte UniversitätsprofessorInnen und etablierte JuristInnen. Die Rolle der Medien als Kontrollinstanz behandelt sie in dem Buch jedoch nur am Rande, nämlich an einzelnen Beispielen, wo sie demokratiepolitisch versagt hätten. Dass das immer häufiger vorkommt, führt die Journalistin darauf zurück, dass JournalistInnen nur noch selten mit Anstellungen rechnen könnten. Diese Lage verlange von jungen JournalistInnen viel mehr Courage als früher. Sie selbst hätte nie Probleme gehabt, wenn sie sich „ungehorsam“ gegenüber Chefs oder PolitikerInnen gezeigt hätte. Aber: „Das ist eine „geschützte“ Zeit gewesen. Die Situation heute wird sich auch noch als schweres Demokratieproblem erweisen, wenn nichts dagegen getan wird“, ist Rohrer überzeugt. *Eva Bachinger*

Anneliese Rohrer

Ende des Gehorsams
Braumüller Verlag, Wien
133 Seiten, 12,95 Euro

BUCH

Bis an die Grenze

Bis an die Grenzen, so lautet der Titel der nun auf Deutsch erschienenen autobiographischen Erzählung des Kameruners Fabien Didier Yene über den Leidensweg subsaharischer MigrantInnen und Flüchtlinge durch die Wüste auf den Weg nach Europa. Der Titel deutet bereits die mehrfachen Grenzüberschreitungen an, die zu bewältigen sind: Neben den realen mörderischen Grenzen der Festung Europa und ihrer Vorposten – die Grenz-



regime der nordafrikanischen Länder – sind es vor allem physische, psychische und emotionale Grenzgänge, von denen Yene eindrucksvoll Zeugnis ablegt. Das Buch erzählt von Gewalt, Willkür, Rassismus und nacktem Überleben, aber auch vom Widerstand der Illegalisierten gegen diese alltäglichen Gewaltverhältnisse und von Solidarität und Freundschaft trotz allem. Die vielen Tausenden Flüchtlinge, die mit der Hoffnung auf ein Leben in Freiheit und Würde tagtäglich diese Reise antreten, bekommen in Yenes Erzählung einen Namen, ein Gesicht und eine Geschichte. Dieses Buch ist eine klare Aufforderung zum Kampf um Bewegungsfreiheit für alle, jetzt und überall. *Vida Bakondy*

Fabien Didier Yene

Bis an die Grenze.
Chronik einer Migration
Verlag Drava /edition Niemandland
224 Seiten, 19,80 Euro

FILM

Der Prozess

Dieser Film hat einen Fokus: Er verfolgt den Prozess gegen 13 TierschützerInnen in Wiener Neustadt nicht als Skandalon (dafür sorgten ja schon die ErmittlungsbeamtInnen und die

Staatsanwaltschaft), sondern als ein demokratiepolitisch tatsächlich bedenkliches Verfahren. Es handelt sich um einen Prozess gegen die Zivilgesellschaft, der hier in teils grotesken, teils gruseligen Bildern in 120 Minuten aufgerollt wird. Parteiisch, aber ohne große Polemik erzählt der Regisseur Igor Hauzenberger davon, wie junge Leute gegen Pelztierhandel lautstark protestierten und am nächsten Morgen mit bewaffneten Spezialeinheiten vor ihren Betten aufwachten. Bemerkenswert nüchtern kommentieren die AktivistInnen diese Vorgänge, während Jäger, schießfreudige Manager (denen gegen Geld im Gatter das Wild vor die Flinte geführt wird), aber auch Polizisten, selbst vor der Kamera nicht vor Einschüchterung zurückschrecken. Als die Politik unter Druck kam, weil der Prozess im Zeichen des Mafia- und Terrorparagrafen geführt wurde, versprach sie gesetzliche Änderungen. Statt den Paragraphen 278 zu entschärfen, hat sie ihn aber verschärft... Und der Prozess lässt unschuldige, aber finanziell ruinierte TierrechtsaktivistInnen zurück. Der Film läuft seit Ende November in den Kinos. *red*



POPULÄR GESEHEN

Spaziergänge im Unbewussten

Hysterie und Burn-out: Die Welt geht unter die Haut und schneidet sich ins Seelenfleisch. Was passiert, wenn aus guten Jobs mit Anerkennung miese mit geringem Handlungsspielraum werden.

EINE KOLUMNE VON MARTIN SCHENK



Sie schreit und kreischt, krümmt sich, das Kinn kippt nach vorne, der Körper schüttelt sich – die schöne Keira Knightley im Kino einmal ganz schiach. Der Film „A Dangerous Method“ widmet sich der Königin der Neurosen vor hundert Jahren, der Hysterie. Die gefährliche Methode ist die Psychoanalyse. Die Spaziergänge im Unbewussten legen eine Welt frei, die im Körper Innen und Außen verschmelzen lassen. Die Welt geht unter die Haut und schneidet in die Körper. Die bürgerliche Sexualmoral samt Ohnmachtsposition von Frauen mischt sich unters Seelenfleisch. Frauen hatten anmutig, tugendhaft, asexuell, rein und kontrolliert zu sein. In ihnen sollte sich das Gute, Edle und Schöne widerspiegeln. Die Hysterikerin trat demgegenüber als der teuflische Gegentypus auf. Sie zeigte sich unberechenbar, ekstatisch und der Realität entrückt. Hundert Jahre später dominiert das erschöpfte Selbst. „Burn-out“ ist zur großen Diagnose geworden. Oft versteckt sich dahinter eine Depression. Da geht es um den schlechten Stress, der nagt und quält, der lange dauert und niederhält. Der psychische Apparat drückt die Stopp Taste: Verlangsamung, Müdigkeit, Zusammenbruch – nichts geht mehr. Tätigkeiten, die hohe Anforderungen stellen und gleichzeitig mit einem niedrigen Kontrollspielraum ausgestattet sind, erhöhen diesen schlechten Stress.

Die niedrige Kontrolle kann in zwei Formen auftreten: Zum einen als mangelnde Möglichkeit, über die Gestaltung der Arbeitsaufgaben zu ent-

scheiden, zum anderen als eingeschränkte Möglichkeit, Fähigkeiten und Fertigkeiten zu nutzen. Und Jobs dieser Art gibt es ja seit einigen Jahren genügend. Dauern diese Ohnmachtserfahrungen an, lernen wir Hilflosigkeit: Lass mich erleben, dass ich nichts bewirken kann. Wer feststellt, dass er trotz aller Anstrengungen nichts erreichen kann, der wird früher oder später resignieren und aufgeben.

Der Giftcocktail besteht aus drei Zutaten: aus hoher Anforderung, niedriger Kontrolle und niedriger Anerkennung. Wenn ich mich anstrengte, viel in eine Sache hineinbuttere und dann nichts herausbekomme – keine Anerkennung, kein freundliches Wort, dafür miesen Lohn und keine Aufstiegschancen –, dann wird es massiv gesundheitsschädlich. Das ist wie Vollgas bei angezogener Handbremse fahren. Erwerbsarbeit hat für viele einen desintegrativen Charakter angenommen. Ausgrenzung durch Arbeit.

Der Giftcocktail aus Anstrengung, Ohnmacht und mangelnder Anerkennung hat sich in die Mitte der Gesellschaft gefressen. Besonders in den schlechten Jobs mit mieser Bezahlung und geringem Einfluss kommt er zur Wirkung. Und die werden mehr. Gerade auch jetzt nach der Finanzkrise sind eine große Zahl besserer Jobs in viele kleine schlechtere umgewandelt worden. Die Spaziergänge im Unbewussten treffen auf andere Landschaften, die Wege aber bleiben die gleichen. Die soziale Schere geht unter die Haut und schneidet in die Körper.

Martin Schenk ist Sozialexperte der Diakonie Österreich
Illustration: Petja Dimitrova

SPOTLIGHT

UTE-BOCK-PREIS 2011

„Scheitern des globalen Kapitalismus“

Am 3. November wurde der Ute-Bock-Preis für Zivilcourage an Robert Zahrl und vier Anti-AbschiebeaktivistInnen verliehen. Sie verhinderten die widerrechtliche Abschiebung des 25jährigen Uni-Aktivisten Ousmane C. nach Guinea.

LAUDATIO: MANFRED NOWAK

Empört Euch!“, rief der 93-jährige Stephane Hessel letztes Jahr den Jüngeren zu und ahnte nicht, dass er mit seiner Streitschrift zur Galionsfigur einer sich weltweit formierenden Widerstandsbewegung gegen die Macht des Finanzkapitalismus, das materialistische Maximierungsdenken und die damit verbundene Umweltzerstörung auf unserem Planeten, die globale Ungerechtigkeit und die politischen Unzulänglichkeiten unserer globalen Gesellschaft einschließlich des Umgangs mit Flüchtlingen und MigrantInnen geworden ist. Der spätere französische Diplomat und KZ-Überlebende hat sein neu geschenktes Leben dem Aufbau einer friedlichen, sozial gerechten und an den Werten der Menschenrechte und der Demokratie orientierten Nachkriegsordnung gewidmet. Genau diese Werte sieht er heute durch die Diktatur des Finanzkapitalismus in ihren Grundfesten bedroht und ruft daher zum friedlichen Widerstand auf: „Wir alle sind aufgerufen, unsere Gesellschaft so zu bewahren, dass wir auf sie stolz sein können. Aber nicht diese Gesellschaft der in die Illegalität Gedrängten, der Abschiebungen, des Misstrauens gegen Zuwanderer, in der die Sicherung des Alters, die Leistungen der Sozialversicherung brüchig geworden sind, in der die Reichen die Medien beherrschen.“

Es scheint, dass sein Aufruf auf fruchtbaren Boden gefallen ist. Vom arabischen Frühling über die Occupy-Wall-Street-Bewegung und weltweite Proteste gegen die Macht der Banken, bis hin zu globalen Aktionstagen, an denen die Menschen weltweit gleichzeitig gegen die Gier des Finanzkapitalismus und son-

stiger durch die Privatisierung und Deregulierung des Neoliberalismus entfesselter globaler Märkte demonstrieren. In Artikel 28 der Universellen Erklärung der Menschenrechte 1948 haben deren Autoren die Vision einer Welt beschrieben, in der neue Weltkriege, Barbarei und Armut vermieden werden könnten: den Aufbau einer sozialen Weltordnung, in der alle Menschenrechte, die bürgerlichen und politischen Freiheitsrechte ebenso wie die wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Rechte auf Arbeit, soziale Sicherheit, Bildung, Gesundheit für alle Menschen dieser einen Welt gesichert werden. Im Kalten Krieg zwischen Kapitalismus und Kommunismus war diese Vision vorerst auf Eis gelegt. Aber mit dem Fall des Eisernen Vorhangs in Europa tat sich 1989 die einzigartige Möglichkeit auf, einen dritten Weg zwischen Kapitalismus und Kommunismus zur Verwirklichung aller Menschenrechte für alle, wie wir auf der Wiener Weltkonferenz über Menschenrechte 1993 forderten, einzuschlagen.

Der Westen hat diese einmalige Chance verthan. Der von Ronald Reagan und Margaret Thatcher entfesselte Neoliberalismus mit seinem Deregulierungs- und Privatisierungswahn hat den Zerfall der kommunistischen Regime in Europa nicht für den Aufbau von etwas Neuem genutzt, sondern in einen Triumphzug des schrankenlosen globalen Kapitalismus ausarten lassen, der verantwortungslose Politiker wie George W. Bush, Silvio Berlusconi und viele andere an die Macht gespült hat. Heute stehen wir vor dem Scherbenhaufen dieser Politik, die uns schnurstracks in globale Immobilien-, Finanz-, Banken-, Nah-

rungsmittel- und sonstige Wirtschaftskrisen geführt hat.

Dieses offensichtliche Scheitern des globalen Kapitalismus eröffnet aber auch eine neue Chance für ein grundsätzliches Umdenken. Wie damals der eigentliche Wind der Veränderung von der Zivilgesellschaft der „samtenen Revolutionen“ kam, so geht er auch im Arabischen Frühling und anderen revolutionären Bewegungen dieses neuen Jahrzehnts von der Straße aus. Um nochmals Stephane Hessel zu zitieren: „Den jungen Menschen sage ich: Seht euch um, dann werdet ihr die Themen finden, für die Empörung sich lohnt – die Behandlung der Zuwanderer, der in die Illegalität Gestoßenen, der Sinti und Roma. Ihr werdet auf konkrete Situationen stoßen, die euch veranlassen, euch gemeinsam mit anderen zu engagieren. Suchet, und ihr werdet finden!“

Genau das haben Robert Zahrl und die vier Anti-AbschiebeaktivistInnen Jo, Alex, Isa und Billi getan. Sie haben durch ihre Solidarität, Zivilcourage und ihren Widerstand einen anderen jungen Menschen aus dem afrikanischen Guinea davor gerettet, von den österreichischen Behörden in Verletzung seiner Menschenrechte nach Guinea abgeschoben zu werden. Ousmane Camara, der dank dieser Menschen heute Abend ebenfalls unter uns ist, hat sich während seines Studiums in Conakry in der Studentenbewegung engagiert, die ursprünglich für die Verbesserung der Studienbedingungen und später für den Sturz der Diktatur von General Lansana Conte auf die Barrikaden gestiegen ist. Für sein Engagement ist Ousmane von der Geheimpolizei festgenommen und auf brutalste Weise gefoltert



Manfred Nowak, Leiter des Ludwig Boltzmann Instituts für Menschenrechte, hielt an der Akademie der bildenden Künste die Laudatio.



Eine neue Welt tut sich auf

Ousmane Camara wartet bereits seit mehr als zwei Monaten im Polizei-Anhaltezentrum Rossauer Lände auf seine Abschiebung, als ihm Anfang November 2010 plötzlich mit Robert Zahrl ein österreichischer Student in die Zelle gesteckt wird, der es vorgezogen hat, 300 Euro Strafe für ein Straßenverkehrsdelikt in 126 Stunden Freiheitsstrafe einzutauschen. Endlich hat Ousmane jemanden gefunden, der französisch spricht, und er erzählt ihm seine ganze Leidensgeschichte. Für Robert Zahrl tut sich eine neue Welt auf. Er hätte nie gedacht, dass Menschen in Österreich so behandelt werden, nur weil sie Ausländer sind und schwarze Hautfarbe haben. Er empört sich und beschließt, seinem neuen Freund zu helfen. Nach der Verbüßung seiner fünf Tage Ersatzfreiheitsstrafe versucht Robert unermüdlich, Einzelpersonen, Anwälte und Organisationen in Österreich auf das tragische Schicksal von Ousmane Camara aufmerksam zu machen. Nach anfänglichen Schwierigkeiten stößt sein Hilferuf schließlich auf eine breite Resonanz von Empörten und ruft eine beträchtliche Anzahl von Anti-AbschiebeaktivistInnen, darunter unsere PreisträgerInnen, auf den Plan. Mit vereinten Kräften organisieren sie in der kalten Nacht vom 14. auf den 15. Dezember 2010 eine Blockade vor dem Polizei-Anhaltezentrum Rossauer Lände mit mehr als 100 Menschen, können aber nicht verhindern, dass Ousmane in derselben Nacht zum Flughafen Wien-Schwechat gebracht wird. Robert und Jo haben sich sogar Tickets für die Maschine gekauft, mit der Ousmane vorerst nach Brüssel abgeschoben werden soll. Wenn nötig, wollen sie ihn begleiten, aber lieber ist es ihnen, die Abschiebung verhindern zu können. Letzteres gelingt: Ousmane hält sich mit beiden Händen am Geländer der Stiege zum Flugzeug fest und deklariert lautstark, was er in Guinea zu erwarten hätte; die AktivistInnen unterstützen ihn erfolgreich, sodass sich der Kapitän schließlich weigert, Ousmane gegen seinen Willen an Bord zu nehmen. Er wird von den Beamten in einen separaten Raum am Flughafen gebracht. Über das, was dort geschieht, liegen unterschiedliche Aussagen vor, deren Richtigkeit die Gerichte werden klären müssen. Ousmane erhebt jedenfalls einen Misshandlungsvorwurf gegen die Beamten, und

worden. Im Jänner 2007 gelang ihm die Flucht nach Europa, und er suchte in Österreich um politisches Asyl an. Aber sein Antrag wurde, wie so viele andere, von österreichischen Beamten, die mit großer Wahrscheinlichkeit noch nie in Guinea gewesen waren, vielleicht zum ersten Mal von diesem Land gehört haben, wegen Unglaubwürdigkeit abgewiesen. Er kehrte unter anderem Namen in seine Heimat zurück, wurde jedoch erkannt und neuerlich verfolgt. Also floh er wieder nach Europa, suchte aber diesmal in Großbritannien um Asyl an. Im August 2010 wurde er nach der Logik des europäischen Asylsystems von Großbritannien wieder nach Österreich überstellt, wo er trotz eines neuerlichen Asylantrags sofort in Schubhaft genommen wurde. Ohne sich wirklich mit den Fluchtgründen und dem Schicksal Ousmane Camaras auseinanderzusetzen, wurde auch sein zweiter Asylantrag im Schnellverfahren wegen entschiedener Sache zurückgewiesen und seine Abschiebung nach Guinea vorbereitet. Er hatte große Angst, in seinem Heimatland erneut gefoltert oder sogar ermordet zu werden, aber er hatte wie andere Schubhäftlinge keinen Zugang zu Anwälten oder anderen Menschen, die ihm helfen könnten. Abgesehen von den Polizeibeamten, die ihn in seiner Verzweiflung wiederholt in eine Isolationszelle verlegt hatten, war sein einziger Kontakt ein Vertreter des so genannten „Vereins Menschenrechte Österreich“, der sich in der Schubhaft als Caritas ausgibt, aber eng mit der Polizei zusammenarbeitet und die Häftlinge zu überreden sucht, „freiwillig“ und zum Teil mit falschen Versprechungen in ihre Heimatländer zurückzukehren.

diese bezichtigen ihn des Widerstands gegen die Staatsgewalt und der schweren Körperverletzung. Er wird wieder in Schubhaft genommen. Aber zwei Tage später erlässt der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte in Straßburg eine einstweilige Verfügung, wonach die Abschiebung vorläufig zu unterlassen sei. Statt Ousmane aus der Schubhaft in die Freiheit zu entlassen, wird er nun als des Widerstands gegen die Staatsgewalt Beschuldigter in Untersuchungshaft genommen und in die Justizanstalt Korneuburg überstellt. Wieder gelingt es den AktivistInnen, Geld für eine Kaution zu sammeln, wodurch er am 24. Dezember 2010 freikommt und schließlich bei meinem Freund Werner Hörtnner Unterschlupf findet. In der Zwischenzeit wurde auch der Verfassungsgerichtshof angerufen, der ebenfalls eine einstweilige Verfügung erließ, wonach Ousmane bis auf weiteres nicht abgeschoben werden darf.

Für Jo, Alex, Isa und Billi war das nicht die erste Abschiebung, gegen die sie protestiert und aktiven Widerstand geleistet haben. Wie sie in ihrer „kleinen Chronologie des Widerstandes“ schreiben, gilt Ihre Solidarität „allen MigrantInnen, Flüchtlingen, Kriminalisierten, Illegalisierten, Papierlosen und Widerständigen“. Für diese politische Haltung und diesen Aktivismus haben sie im Sommer 2010 mehrere Wochen in Untersuchungshaft verbracht, da sie das Landesamt für Verfassungsschutz und Terrorismusbekämpfung der Bildung einer terroristischen Vereinigung im Sinne des umstrittenen Paragraphen 278b StGB verdächtigt. Und gegen Ousmane selbst ist ein Verfahren wegen Widerstands gegen die Staatsgewalt anhängig. Aber der Verfassungsgerichtshof hat nun zu prüfen, ob der Widerstand gegen eine rechtswidrige Abschiebung nicht letztlich ein gerechtfertigter Widerstand ist. Denn wo Recht zu Unrecht wird, was beim Vollzug des österreichischen Fremdenrechts leider allzu oft der Fall ist, wird Widerstand bekanntlich zur Pflicht. Das gilt nicht nur für die direkt von rechtswidrigen Amtshandlungen Betroffenen, sondern auch für jene Menschen mit Zivilcourage, die sie bei ihrem Widerstand unterstützen. Für diese Zivilcourage werden Robert Zahrl, Jo, Alex, Isa und Billi heute mit dem Ute-Bock-Preis für Zivilcourage 2011 ausgezeichnet. Ich gratuliere ganz herzlich zu dieser wichtigen Auszeichnung.



■ **Ja, ich will 4x jährlich MO lesen.**

- StudentInnen | Selbstkostenabo **10 Euro**
- Normalabo **20 Euro**
- Förderabo **60 Euro** (mit dem Förderabo unterstützen Sie Verkaufsschulungen für unsere KolporteurInnen)



**MO – Im entscheidenden Augenblick
das Richtige tun!
Menschenrechte gehen uns alle an.**

Name

Adresse

PLZ | Stadt

E-Mail abo@momagazin.at

Post SOS Mitmensch, Postfach 220, A-1070 Wien

UTE-BOCK-PREIS

Mutiger Einsatz von Anti-AbschiebeaktivistInnen gewürdigt

Rund 200 Menschen kamen zur Verleihung des Ute-Bock-Preises für Zivilcourage 2011 kamen Anfang November in die Akademie der bildenden Künste in Wien. SOS Mitmensch würdigte mit dem Preis den couragierten Einsatz von fünf jungen Anti-AbschiebeaktivistInnen. Der 22jährige Robert Zahl und vier weitere AktivistInnen hatten in letzter Sekunde die Abschiebung des Studenten Ousmane C. zurück in Folter und Tod verhin-

dert. SOS Mitmensch erachtet diesen Einsatz als vorbildhaft und möchte durch die Preisverleihung mehr Menschen zu couragiertem Handeln ermutigen. Der Anerkennungspreis war 2011 mit 4.000 Euro dotiert, Spender ist die Anwaltskanzlei Lansky, Ganzger & Partner Rechtsanwälte. Überreicht wurde der Preis von Ute Bock und der SOS-Mitmensch-Vorsitzenden Nadja Lorenz.



Ute-Bock-Preis 2011 auf der Bildenden in Wien.

SICHERHEITSPOLIZEISETZ

Überwachungsstaat ante portas?



Aktion gegen mehr Überwachung vor dem BMI.

SOS Mitmensch kämpft gemeinsam mit anderen zivilgesellschaftlichen Organisationen gegen Gesetzesvorhaben, die unschuldige BürgerInnen zu Verdächtigen machen. Das neue Sicherheitspolizeigesetz des Innenministeriums geht leider genau in diese Richtung. Der Schutz der Privatsphäre wird aufgeweicht und das Tor für mögliche Repression und Datenmissbrauch geöffnet. Eine unabhängige Kontrollinstanz, die die Einschränkung von Grundrechten überwacht, ist weiterhin nicht vorgesehen. Zivilgesellschaftliches Engagement und politischer Aktivismus werden so

zum unkalkulierbaren Risiko. Die massiven Bedenken, die etwa der renommierte Verfassungsrechtler Bernd-Christian Funk aber auch zahlreiche NGOs äußern, wurden bisher einfach vom Tisch gewischt. Die Vergangenheit hat aber gezeigt: Wenn die Politik sagt, „Macht euch keine Sorgen, es wird schon alles gut gehen“, dann sollten wir uns erhebliche Sorgen machen. Und wenn ein Ministerium alle Menschen zu Verdächtigen erklärt, dann sollten wir sehr wachsam sein, denn dieses Ministerium ist höchst verdächtig!

SOS Spenden-Webseite

Der Verein SOS Mitmensch finanziert sich und seinen Einsatz für mehr Menschenwürde und gegen Benachteiligung und Hetze ausschließlich durch private Spenden. Ab sofort können uns alle, die unsere Arbeit wertvoll finden, auch online unterstützen. Nähere Infos bei Klick auf den „Jetzt spenden“-Button auf: www.sosmitmensch.at

Unser Geld für unsere Leut’?

Was würde passieren, wenn die Forderung der FPÖ umgesetzt wird, und es tatsächlich nur noch „unser Geld für unsere Leut’“ gäbe? Dazu gaben die Ökonomin Karin Schönpflug und der Wirtschaftshistoriker Fritz Weber eine Expertise für SOS Mitmensch ab. Ergebnis: Die Umsetzung des Slogans würde Europa wirtschaftlich ins 15. Jahrhundert zurückschicken!

Alternativenforen: Konventionen sprengen!

Die Forderungen nach einem Wandel unserer Wirtschaftsweise werden immer lauter. Zu Recht! Denn selbst engagierten Unternehmen gelingt es im derzeitigen System nicht, aus Profit- und Wachstumszwängen auszubrechen. Wie es anders gehen kann, zeigen Initiativen, die außerhalb üblicher Strukturen angesiedelt sind: www.alternativenforen.at



Site für alternative Foren

ANDERE ÜBER ...

Integration ... nervt! Gut so.

Weg von emotional geführten Scheindiskussionen und hin zu Alltagsproblemen. Das fordern die Filmemacher Arman und Arash Riahi hinsichtlich der „Integrationsdebatte“.

Was in anderen Staaten längst Teil des gesellschaftlichen Selbstverständnisses ist, scheint in Österreich partout nicht möglich: die Einbeziehung von Minderheiten in die Mehrheitsgesellschaft ... oder etwa doch? Und außerdem: Wem geht das permanente negative Gerede von Integration noch nicht am Allerwertesten? Wir lehnen uns jetzt aus dem Fenster und sagen, jene, die noch nicht genervt sind, sind bestimmt in der Minderheit. Aber wenn etwas nicht nervt, dann wird eben auch nicht daran gerüttelt. Und das ist gut so. Denn wenn genug Menschen bewusst wird, dass die in Österreich herrschende Art des öffentlichen Diskurses kaum die Probleme löst, welche das Zusammenleben vieler Kulturen mit sich bringt, könnte das Augenmerk vielleicht auf jene Minderheiten fallen, die sich bereits seit Jahren mit diesem Thema beschäftigen: Lehrerinnen, Sozialarbeiter, Streetworkerinnen, Magistratsmitarbeiter, Parkbetreuerinnen. Die freuen sich wohl über die Tatsache einer Debatte, aber ärgern sich vermutlich grün und vor allem blau, dass Strache und Konsorten mit ihrer Hetze hier immer noch Themenführer sind. Kann es sein, dass wir zu sehr damit beschäftigt sind, uns gegenseitig die Schuld in die Schuhe zu schieben? Ist es möglich, dass die ständige ziellose Thematisierung alles nur noch verschlimmert?

Geht man von der Art und Weise aus, in der Österreich über dieses Thema schreibt und spricht, bekommt man das Gefühl, man habe es in diesem Land entweder mit illegalen Kleinkriminellen, oder mit radikalisierten Fundamentalisten zu tun, deren Integration in die Gesellschaft unmöglich sei. Aber jenseits der Stereotypen, jenseits der Ideologien passiert Integration tatsächlich. Und davon könnten uns die oben erwähnten Vertreter jener Minderheit, die sich wirklich mit dem Thema Integration beschäftigen, weil es ihr Beruf ist, ja oft sogar ihre Berufung, wohl einiges erzählen. Dass Integration beispielsweise im Kindesalter beginnt. Bei den Eltern und Großeltern, beim familiären Umfeld. Denn letzteres prägt Kinder und Jugendliche am meisten. Für diese Milchmädchenrechnung braucht es keine runden Tische. Dafür reicht Grundlagenforschung in den Wiener Volksschulen, in den Parks

und Kindergärten. Und interkulturelle Verständigung. Denn man kann von einer Familie der türkischen Arbeiterklasse, deren größter Traum für ihr Kind ein geregeltes Gehalt von 1.200 Euro netto ist, kaum das gleiche verlangen, wie von einer Akademikerfamilie. Unseren Eltern – beide mit Universitätsabschluss – war es wichtig, dass wir als Kinder Deutsch lernen. Jetzt blamieren wir uns zwar manchmal mit unserem teils miesen Farsi, dafür aber hört man uns unsere fremde Herkunft nicht an. Viele Kinder der zweiten und dritten Generation sind jedoch bis vor dem verpflichtenden Kindergartenjahr nicht einmal in die Vorschule gegangen. Ob sich die Eltern dieser Kinder den Kindergarten nicht leisten können, oder ihn schlicht für unwichtig halten, bedarf nicht nur einer Aufklärung sondern auch einer Änderung. Aber warum wundert man sich dann darüber, dass diese Kinder dann in der Hauptschule landen?

Genauso wenig brauchen wir uns wundern, wenn Kids der zweiten oder dritten Generation in einer Klasse, in der über 90 Prozent aller Kinder Migrationshintergrund haben – und dieser sich sprachlich auch bemerkbar macht – nicht auf dem gleichen sprachlichen Niveau tätig sind wie Elfriede Jelinek. Die Landessprache wie auch die eigene Muttersprache zu beherrschen ist beides wichtig. Dass sich das nicht ausschließt, beweisen all jene Jugendlichen, die trotz oder gerade wegen ihrer Lebensumstände Teil der Gesellschaft geworden sind. Davon gibt es viele, auch wenn ihre Geschichten für Schlagzeilen nicht interessant genug sind. Was wir nun fordern, ist, dass uns die Verantwortlichen endlich mit progressiven Lösungen nerven. Ob sie nun Kurz oder Lang heißen. Für das Wohl der Kinder und der vielfältigen, friedlichen Gesellschaft der Zukunft sollten die Fehler der Vergangenheit gefunden und korrigiert werden – ohne ständige Schuldzuweisung und Hetze, denn rückgängig können wir sie leider nicht mehr machen.



Illustrationen: Petja Dimitrova

ANDRÉ HELLER
»HELLER LIEST ARTMANN«

ORF



**RADIO
ÖSTERREICH 1**



»AM BESTEN LIEST MICH
DER ANDRÉ HELLER.«
DIESER MEINUNG WAR
H. C. ARTMANN NICHT
ZU UNRECHT.

HELLER PRÄSENTIERT
GEDICHTE AUS DEM KULTBUCH
»MED ANA SCHWOAZZN DINTN«.
EINE AUFNAHME VOM
SALZBURGER LITERATURFEST 2010.

1 CD **€ 18,10**

Ö1 Club-Mitglieder
erhalten 10% Ermäßigung.

DANKE!

Wir danken allen unseren InserentInnen,
SponsorInnen und SpenderInnen 2011 sowie
folgenden Spielstätten:



Sie ermöglichen unsere Menschenrechtsarbeit
mit dem Ziel der Chancengleichheit und Gleich-
berechtigung für alle Menschen.



Spendenkonto:
PSK Ktonr. 91000590
BLZ 60000

